:antifaschistische nachrichten Nr. 14
g 3336 11.7.2012 28. jahrg./issn 0945-3946 1,50 ¤
www.antifaschistische-nachrichten.de

Ermittlung gegen Forumsbetreiber

KOBLENZ. Ralf Mayer, Betreiber des „Forum für Deutschland“, das sich als „überparteilich – demokratisch – patriotisch“ bezeichnet, wurde Ende Juni von Beamten des „Staatsschutzes“ der Polizeidirektion Koblenz vernommen. Vorgeworfen werden Mayer die Herabwürdigung des Islam, die Beschimpfung von Bekenntnissen, Religionsgemeinschaften oder Weltanschauungsvereinigungen und die Aufwiegelung großer Teile der Bevölkerung. Im Focus der Ermittlungen steht eine Passage in einem Artikel über den in der USA lebenden Islamhasser und Pastor Terry Jones. Mayer hofft im Falle einer Anklage einen „Präzedenzfall“ schaffen zu können. *hma* ■

„Patriotenmarsch“ in Köln

KÖLN. Die sich im Kampf gegen eine angebliche „Islamisierung“ verstehende „German Defence League“ (GDL) will am 11. August einen „Marsch der Patrioten“ in Köln durchführen.

„Wir wollen unser Land hochleben lassen, die Menschen motivieren, sich für dieses Land einzusetzen und dies nicht einer immer verantwortungsloser handelnden Elite zu überlassen, die sich mit ihren Wahnideen längst von der Vernunft und dem Gemeinwohl verabschiedet hat und fremden Zwecken zuarbeitet“, heißt es in dem Aufruf der GDL. Die „Vertreter aller freiheitlichen, konservativen, patriotischen Parteien und Organisationen“ seien eingeladen, sich an diesem Marsch zu beteiligen. Bislang sollen auf der Veranstaltung, die um 14 Uhr am Heumarkt starten soll, Jörg Uckermann von „Pro Köln“/„Pro NRW“, Nicolai Vandchali von „DIE FREIHEIT“, Alexander Wettermann von der „Deutschen Konservativen Partei“ und Sebastian Nobile von der GDL sprechen. Der Marsch soll dann zum Bahnhofsvorplatz führen, wo eine Kundgebung stattfindet, die um 17 Uhr enden soll. Es wird, u.a. bei Facebook, dazu aufgerufen, „Distanzierungen und

Fortsetzung Seite 2 unten

Aus dem Inhalt:

Schreddern, Leugnen, Lügen?

Untersuchungsausschuss zur NSU-Mordserie bringt immer neue Ermittlungspannen ans Licht

Die letzten drei Sitzungen des Untersuchungsausschusses zur Aufklärung der NSU-Taten vor der Sommerpause waren an Dramatik und Brisanz kaum zu überbieten. Mit dem Rücktritten beziehungsweise Entlassungen von Verfassungsschutzpräsident Fromm und des Leiters des Thüringischen Landesamtes Sippel mussten zwei Verantwortliche Konsequenzen aus dem Versagen der Behörden bei der Aufdeckung der Nazimordserie ziehen. Die Aktenvernichtung beim Bundesamt, das skandalöse Verhalten des Hessischen Landesamtes für Verfassungsschutz im Fall der verdächtigen VS-Mitarbeiters Andreas T., der politisch skandalöse Auftritt von BKA-Präsident Ziercke oder die Missachtung der vielfältigen Spuren in Richtung Rechtsextremismus beim Nagelbombenanschlag in Köln 2004: Die Ergebnisse des Ausschusses können sich sehen lassen, denn das Mosaik der Fehler und Versäumnisse der Behörden wird immer dichter. Deutlich wird dabei die systematische Unterschätzung des Rechtsextremismus.

Verfassungsschutzprädident Fromm brachte das in seiner Vernehmung auf den Punkt, als er selbstkritisch feststellte, man habe die extreme Rechte mit einem zu eingeschränkten Blick gesehen, sie in einer „analytischen Engführung“ betrachtet. Gewalt, Anschläge, Sprengstoff – all das habe man der Naziszene zugetraut und auch (angeblich) im Blick gehabt, eine systematische Mordserie in Form von Exekutionen sei außerhalb des Blicks des Verfassunusschießen gewesen. Diese Form der Selbsthinterfragung ist die Ausnahme bei den Zeugen, die in ihrer Mehrheit auch heute keine Fehler bei ihren Ermittlungen entdecken können.

Doch Fromm hatte auch allen Grund zur Selbstkritik, waren doch in seinem Amt Akten über Operationen des Bundesamtes in Thüringen vernichtet worden (*Operation Rennsteig*), die von höchster Brisanz sind. Die Frage stand und steht im Raum, ob vom Bundes- oder vom Landesamt für Verfassungsschutz Personen aus dem Umfeld des NSU als Quellen geführt oder zumindest angesprochen wurden. Genau diese Akten wurden im Bundesamt vernichtet und zwar nicht, wie Fromm schon im November 2011 einräumte, im Januar 2011 – also weit vor dem Bekanntwerden des NSU – sondern im November 2011, als der Generalbundesanwalt den Fall an sich zog.

Die Bedeutung dieses Vorgangs und die politische Brisanz werden klar, wenn man sich die Reaktionen des Innenministeriums gegenüber dem Untersuchungsaus- →

Foto: Strassenstriche.net; Demonstration am 17.12.2011, Keupstraße/Köln
„Rosen auf den Weg gestreut“: „Küsst die Faschisten …“; Ernst Busch



schuss ansieht. 26 Geheimordner wurden dem Ausschuss einen Tag vor der Vernehmung von Fromm zur Verfügung gestellt, aus denen der Inhalt der vernichteten Akten rekonstruierbar sei. Die Abgeordnete konnten am Tag vor der Vernehmung von Fromm in der Außenstelle des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Treptow die ungeschwärzten Akten zur Operation Rennsteig mit den Klarnamen der V-Personen einsehen. Namen der Verdächtigten oder Beschuldigten fanden sich hier offenbar nicht. Da aber nicht alle vom Verfassungsschutz geführten Quellen in den Akten auftauchen, konnte der Verdacht auch nicht abschließend ausgeräumt werden. Im Gegenteil: Fromm räumte ein, dass es eine weitere Operation in Thüringen in den Jahren 2003 bis 2005 gegeben habe, wieder mit der Anwerbung zahlreicher V-Leute. Die Thüringer Naziszene – und sicher nicht nur diese – war durchsetzt mit Zuträgern der Dienste und dennoch soll es keinerlei Hinweise auf das Trio gegeben haben.

Die letzten drei Ausschusssitzungen haben noch einmal die ganze Bandbreite des behördlichen Versagens gezeigt. BKA-Präsident Jörg Ziercke präsentierte sich im Ausschuss am 28.Juni als unbelehrbar. Ermittlungsfehler wollte er nicht einräumen. Man habe immer in alle Richtungen ermittelt und auch die Spur in Richtung Rechtsextremismus ernst genommen, die durch die bayerische Fallanalyse im Jahr 2006 kurzzeitig verfolgt wurde. Die Akten des BKA sagen allerdings das genaue Gegenteil. Das Wort Rechtsextremismus sucht man dort vergebens, denn Ermittlungen liefen immer nur in eine Richtung: organisierte Kriminalität und Täter aus dem Umfeld der Opfer. Auf die Frage von Petra Pau, ob von Seiten des BKA jemals die These der Bayern, es könnte sich auch um rechtsextreme Täter handeln, der politischen Führung im Rahmen der nachrichtendienstlichen Lage im Bundeskanzleramt vorgestellt wurde, behauptete Ziercke, alle Ermittlungsansätze seien hier thematisiert worden. In den Akten findet sich davon nichts. Und auch Verfassungsschutzpräsident Fromm, ebenfalls Teilnehmer an diesen Runden im Kanzleramt, konnte sich auf Nachfrage von Petra Pau nicht daran erinnern, dass das Thema Rechtsextremismus im Zusammenhang der Mordserie dort jemals erwähnt wurde. Ganz offensichtlich hat Ziercke dem Ausschuss nicht die Wahrheit gesagt, um nicht eingestehen zu müssen, dass das BKA das Thema Rechtsextremismus systematisch ausgeblendet hat.

Die Vernehmung des Hessischen Ermittlers zum Mord an Halit Yozgat in Kassel im Jahr 2006 sorgte selbst im Ausschuss für Fassungslosigkeit. Wie allgemein bekannt, war bei diesem Mord ein Beamter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hessen im Internetcafé und hatte sich als einziger Zeuge nicht bei der Polizei gemeldet. Für die Polizei galt er über Wochen als einer der Hauptverdächtigen, zumal er selbst einen V-Mann aus der Naziszene führte und mit diesem direkt vor und nach dem Mord telefonierte. Verständlich, dass die Polizei dringend auch diesen V-Mann vernehmen wollte. Doch, so musste es der Ausschuss lernen, Quellenschutz geht beim Verfassungsschutz vor der Aufklärung einer Mordserie. Der hessische Verfassungsschutz verweigerte der Polizei die Vernehmung und der damalige Innenminister Bouffier unterstützte das Landesamt bei dieser Behinderung der Ermittlungsarbeit. Es handele sich doch ‚nur um ein Tötungsdelikt', dafür könne man nicht seine Quellen preisgeben, so las es sich in den Mails des Landesamt für Verfassungsschutz, die in den Akten zu finden waren. Dessen ehemaliger Präsident Irrgang wird dem Ausschuss einiges zu erklären haben, wenn er im September als Zeuge aussagen muss. Überhaupt zeigt sich immer wieder, dass Quellenschutz Täterschutz bedeutet. Das bayerische Landesamt gab den Ermittlern der BAO Bosporus nicht die gewünschten Infos zur Naziszene in Bayern – mit Hinweis auf den Quellenschutz. Mit eben diesem Grund hatte das Landesamt für Verfassungsschutz Brandenburg die Info eines V-Mannes, dass sich das Trio Waffen besorgte, nicht an die Polizei weitergegeben. Auf Nachfrage der LINKEN musste Verfassungsschutzpräsident Fromm einräumen, dass ein solches Verständnis des Quellenschutzes untragbar ist.

Anders lief es im Fall des Nagelbombenanschlags in der Keupstraße in Köln. Hier war dem Bundesamt für Verfassungsschutz schnell klar, dass es sich auch um einen Anschlag von rechts handeln könnte. Ähnliche Anschläge der militanten britischen Combat 18 Szene wurden angeführt und mit dem Kölner Fall verglichen. Doch die Polizei in Köln nutzte diese Infos nicht und legte sich lieber schnell auf Ermittlungen im Bereich Organisierte Kriminalität fest. Befördert wurde dies sicher durch die Aussage des damaligen Bundesinnenministers Schily, der noch am Abend des Anschlags einen „fremdenfeindlichen" oder terroristischen Hintergrund ausschloss. Selbst ein Wochen nach dem Anschlag gefundenes Flugblatt, in dem der Anschlag gerechtfertigt wurde und das mit dem Satz „Deutsche, wehrt euch!" endet, wurde von den Ermittlern nicht als Hinweis auf eine rechte Tat gewertet. Es könnte auch als Warnung eines besorgten Bürgers gemeint gewesen sein.

In Köln waren Mundlos und Böhnhardt sogar von einer Kamera gefilmt worden, wie sie das Fahrrad mit der Bombe vor den Laden schoben und später mit Fahrrädern den Tatort verließen. Auch bei der Mordserie gab es Zeugen, die die Täter mit Fahrrädern gesehen hatte. Kurzfristig wurde im Jahr 2006 sogar eine Verbindung zwischen den Morden und dem Anschlag in Köln hergestellt, doch eine vergleichende Fallanalyse unterließ man. Ein schwerer Fehler.

Viel Arbeit wartet auf den Ausschuss nach der Sommerpause. Im September wird es noch einmal um den Mord in Kassel gehen. Hessens Verfassungsschutzpräsident Irrgang und Andreas T., der Verfassungsschützer der am Tatort war, werden als Zeugen gehört. Danach wird sich der Ausschuss mit dem Mord an der Polizistin Michele Kiesewetter und dem Mordanschlag auf ihren Kollegen in Heilbronn befassen.

Gerd Wiege, Mitarbeiter Fraktion DIE.LINKE im Bundestagl

Streitereien beiseite" zu lassen und sich mit Schildern oder ähnlichem mit „patriotischen Themen" und vielen Deutschland-Fahnen zu beteiligen. Die Organisatoren planen, diesen Marsch von da an regelmäßig stattfinden zu lassen, und hoffen, dass sich diese Idee auch auf andere Städte ausbreitet. *hma* ■

PROvokation in Berlin

BERLIN. Die sog, „Bürgerbewegung pro Deutschland" und die „Bürgerbewegung pro NRW" wollen vom 17. bis 19.August unter dem Motto „Der Islam gehört nicht zu Europa – Islamisierung stoppen!" ein „Veranstaltungswochenende der Superlative" in Berlin durchführen. Hintergrund ist der kürzlich beschlossene gemeinsame Wahlantritt zur Europawahl. Geplant seien, so die Veranstalter, eine „zweitägige Ausstellung von Mohammed-Karikaturen", „acht Kundgebungen an politischen Brennpunkten" und eine „Freiheitliche Stadtrundfahrt". Angekündigt werden die Auftritte von „mehr als fünfzehn Rednern des freiheitlichen Spektrums". *hma* ■

„DS-Pressefest" im Raum Pasewalk

PASEWALK. Das diesjährige Pressefest des NPD-Organs „Deutsche Stimme" soll am 11.August „in der Nähe" von Pasewalk stattfinden. Angekündigt werden – auf zwei Bühnen – die Auftritte zahlreicher führender NPD-Aktivisten, sogenannter „nationalen Liedermacher" und mehrerer Rechtsrockbands wie „Die Lunikoffverschwörung", „Sachsonia", „Faust" und „Wiege des Schicksals". Auch ein Familien- und Kinderprogramm mit mittelal-

terlichen Gauklern, der „Hexe Ragnar", Volkstanz und den „Mühlbacher Buam" wird angekündigt. Die verschiedenen Gliederungen der NPD nehmen mit Informationsständen teil. Mit Verkaufsständen sollen auch „PC-Records", „Eric & Sons", „Pommerscher Buchdienst", und „NW-Verlag" vertreten sein. In „gewissem Umfang" bestehe die Möglichkeit zu zelten, so die Veranstalter. Für Frühanreisende gäbe es bereits am Freitagabend ein Vorabendprogramm.

hma ■

Opfer der NSU wurden zu Opfern der Behörden

LINKE fordert zusätzliche Entschädigung aufgrund staatlicher Drangsalierung

Gegen die Familie des Besitzers des Friseursalons in der Keupstraße, auf den die NSU den Nagelbombenanschlag verübt hatte, wurde über 22 Monate verdeckt ermittelt. Dies bestätigen aktuelle Presseberichte.

Jörg Detjen, Sprecher der Kölner Ratsfraktion DIE LINKE, dazu:

„Die staatlichen Stellen haben skandalös gehandelt: Zwei Jahre wurde gegen Menschen ermittelt, die gerade einem Bombenanschlag entkommen waren. Die Opfer der NSU wurden so zusätzlich zu Opfern der staatlichen Behörden."

Der Fraktion DIE LINKE ist zumindest ein Opfer des Bombenanschlages bekannt, dem eine DNA-Probe entnommen wurde, der acht Stunden verhört wurde und dem seine Kleidung weggenommen wurde, die er erst nach Monaten zurückerhielt.

Matthias W. Birkwald (MdB, DIE LINKE) hatte im Januar 2012 die Initiative der Kölner Bundestagsabgeordneten angestoßen, durch die eine Entschädigung der Opfer aus der Keupstraße ermöglicht wurde. Er betont:

„Der Staat hat die Opfer des Bombenanschlages drangsaliert und zusätzliche Schaden verursacht. Er steht in der Pflicht, dies so weit als möglich auszugleichen. Wir fordern daher eine Entschuldigung der beteiligten staatlichen Stellen und eine erhöhte Entschädigung für die doppelte Traumatisierung."

Jörg Detjen, Matthias W. Birkwald; DIE.LINKE.

Verfassungsschutz abschaffen

„Nicht eine weitere Zentralisierung, sondern die Abschaffung der Verfassungsschutzämter ist die einzige richtige Antwort auf die skandalöse Verwicklung der Geheimdienste in Neonazi-Netzwerke", erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, zur Forderung des SPD-Fraktionsvorsitzenden Frank-Walter Steinmeier, die Arbeit des Verfassungsschutzes durch engere Zusammenarbeit der Verfassungsschutz-Landesämter zu professionalisieren. Die Abgeordnete weiter:

„Die Verfassungsschutzbehörden haben bei der Bekämpfung des NSU-Terrors nicht aufgrund mangelnder Professionalität versagt. Sie haben eine Bekämpfung des Neonazismus schlicht nicht als ihre primäre Aufgabe angesehen. Das ergibt sich schon aus der Geschichte des Verfassungsschutzes, der zur Hochzeit des Kalten Krieges unter tatkräftiger Mithilfe von ehemaligen Nazis als antikommunistischer Rammbock erschaffen wurde. Diese Rolle pflegen viele Geheimdienstmitarbeiter bis heute.

Es ist eine völlige Illusion, den Verfassungsschutz durch bessere parlamentarische Kontrolle bändigen zu können. Geheime Arbeit macht schließlich das Wesen eines Geheimdienstes aus. Doch einem demokratisch nicht kontrollierbaren Geheimdienst den Schutz des demokratischen Verfassungsstaates anzuvertrauen ist ein Widerspruch in sich. Der beste Schutz eines demokratischen Gemeinwesens besteht in engagierten Bürgern, die wachsam sind gegen Neonazismus und Fremdenfeindlichkeit."

Ulla Jelpke, MdB, Innenpolitische Sprecherin Fraktion DIE LINKE ■.

Verfassungsschutz auflösen

„Der Verfassungsschutz hat nicht nur Fehler gemacht, er ist der Fehler", kommentiert die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Ulla Jelpke, das Rücktrittsgesuch von Bundesverfassungsschutzpräsident Heinz Fromm als Konsequenz von sogenannten Ermittlungspannen bei der Aufklärung der NSU-Mordserie. Die Abgeordnete weiter:

„Die Vernichtung von Akten zum V-Leute-Einsatz in der Neonaziszene ist nur das i-Tüpfelchen in einer Kette von Skandalen. Der eigentliche Skandal ist der Einsatz dieser Verfassungsschutzspitzel selbst. Denn durch die V-Leute der Geheimdienste werden Nazikameradschaften gegründet oder personell und finanziell unterstützt. Schließlich verhindert die Anwesenheit der V-Leute in den Naziorganisationen eine effektive Strafverfolgung oder – wie im Falle der NPD – ein Verbot.

Die Auflösung der demokratisch nicht zu kontrollierenden Verfassungsschutzämter und ihre Ersetzung durch unabhängige und öffentlich arbeitende Beobachtungsstellen gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit wäre wahrer Verfassungsschutz

Ulla Jelpke, MdB

Militär raus aus der Schule

„Es ist regelrecht perfide, wie die Bundeswehr unter Schülerinnen und Schülern Reklame für ihre sogenannte Sicherheitspolitik macht" erklärt die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE Ulla Jelpke zur Antwort der Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage zum Einsatz von Unterrichtsmaterialien mit dem Titel „Frieden und Sicherheit". Jelpke weiter:

„Über die Stiftung „Jugend und Bildung" lässt die Bundeswehr Lehrern Materialien anbieten, die auf den ersten Blick neutral über Probleme der Sicherheitspolitik informieren. Tatsächlich handelt es sich bei der angebotenen Homepage, den Monatsblättern und Schülermagazinen um verdeckte Militärreklame.

Das gesamte Angebot von „Frieden & Sicherheit" wird zu 100 Prozent vom Verteidigungsministerium finanziert. 120 000 Euro werden dafür jährlich locker gemacht. Es gibt eine „fachliche Beratung" durch das Militär – und zwar ausgerechnet vom „Fachpersonal für Öffentlichkeitsarbeit", so die Antwort der Regierung. Die einzig gute Nachricht ist, dass hier offenbar gespart wird: Der Versand der Hefte, der früher in mehreren Zentausend Exemplaren erfolgte, wurde eingestellt, sie können jetzt nur noch aus dem Netz geladen werden.

Herausgegeben werden die Materialien vom Universum-Verlag – dessen Personal ist eng mit der FDP verflochten, der knapp 50 Prozent des Verlages gehört.

Fortsetzung Seite7



NAZIS IN DER KURVE? NEONAZISMUS UND RASSISMUS IM FUSSBALL

Rechtsradikalismus und Rassismus in der Fußballfankultur in Deutschland

(Fortsetzung)

Ultras, Diskriminierung und Anti-Diskriminierung

Es sind diese erweiterten Ansprüche, die dazu führen, dass sich durch die Verbreitung der Ultra-Kultur in Deutschland die Normen und Konventionen an vielen Standorten in beachtlicher Weise gewandelt haben. Auch die Ultra-Kultur steht nach wie vor in der Tradition der Fußballfankultur, die seit Jahrzehnten durch männliche Dominanz geprägt ist. Aber durch das breite Spektrum an Aktivitäten, das bei Ultra-Gruppen zu beobachten ist, findet sich eine Vielzahl von Möglichkeiten, sich in die Gruppe zu integrieren, die Alternativen zu den üblichen Mechanismen bieten, mit denen etwa bei den Hooligans Anerkennung erworben wurde.[10] Auch stellen sich die Ultra-Gruppen mit ihrem Anspruch zu wachsen und an Einfluss zu gewinnen als tendenziell offener dar, als etwa Hooligan-Gruppen, die sich auch über eine elitäre Abschottung definierten. Diese Offenheit und Pluralität der Aktivitäten führt im Vergleich zu den vorangegangenen Fankulturen zu einer veränderten Zusammensetzung der dominierenden Fangruppen und damit mancherorts mittelfristig auch zu einer Veränderung der Normen und Konventionen hin zu einem toleranteren Umgang mit Abweichungen von der weißen, deutschen, heterosexuellen, männlichen Norm. Sicher sind Stadien und Ultra-Gruppen heute keineswegs frei von Diskriminierungen (während der offene Rassismus in der Masse deutlich abgenommen hat, sind Homophobie, Sexismus und bestimmte Formen des Rassismus wie etwa Antiziganismus[11] noch weit verbreitet), jedoch gibt es im kleinen und manchmal auch im großen positive Entwicklungen zu vermelden. Dazu einige Beispiele:

In einigen Fanszene, die in der Vergangenheit ein deutlich rechtes Etikett trugen, d. h. in denen rechtsradikale (Fan-) Gruppen offensichtlich dominierend waren und Normen und Konventionen durchsetzten, nach denen Rassismus und Rechtsradikalismus alltäglich waren und anti-rassistisches Engagement unterbunden wurde, dominieren heute UltraGruppen, die auch dank ihres akustischen Monopols dafür sorgen, dass rassistische Gesänge untergehen und nicht von der Kurve übernommen werden. Nicht immer bedeutet das, dass offensiv anti-rassistisches Engagement betrieben wird, vielmehr hat man sich vielerorts auf einen nicht-rassistischen und anti-nationalsozialistischen Konsens geeinigt (von einem nicht-homophoben und nicht-sexistischen Konsens ist man hingegen vielerorts noch entfernt). Beispiele dafür sind u. a. die Fanszenen von Hertha, Rostock, Stuttgart, Köln, Frankfurt, Nürnberg u.v.w.

Über zwei Dutzend Ultra-Gruppen engagieren sich zudem offensiv gegen Rassismus und auch gegen andere Formen von Diskriminierung, wie Homophobie und Sexismus. Dazu gehört das regelmäßige Bekenntnis nach außen und innen, Aufklärungs-, Öffentlichkeitsund Vernetzungsarbeit sowie die direkte Arbeit mit Flüchtlingen. Gerade wenn es sich um die jeweils dominierende Gruppe in der jeweiligen Fanszene handelt, ist aber der Einfluss auf die fanszeneinternen Normen und Konventionen am bedeutsamsten. Beispiele dafür sind u. a. die Fanszenen von Bayern München, Bremen, Sankt Pauli, Düsseldorf, Jena, Babelsberg, Chemie Leipzig oder Zwickau. Auch manche dieser Fanszenen konnten bis vor 20 Jahren getrost als rechts etikettiert werden, andere wenige haben hingegen schon eine längere „linke Tradition". Dennoch: Auch heute gibt es noch Fanszenen, in denen rechtsradikale oder zumindest rechtsoffene Gruppen existieren. Seit längerem wird dieser Vorwurf gegenüber Teilen der Fanszenen von Lok Leipzig, BFC Dynamo, Chemnitz, Halle und in jüngster Zeit auch von Aachen, Dortmund und Hannover erhoben. Fast alle der genannten Szenen bzw. Gruppen würden diesen Vorwurf jedoch zurückweisen, was nur verdeutlicht, wie sehr rechtsoffenes und rassistisches Verhalten mittlerweile im Fußball tabuisiert ist. De facto muss aber konstatiert werden, dass Teile der genannten Fanszenen immer wieder durch entsprechendes Verhalten auffallen und teilweise auch personelle Verbindungen zu den örtlichen rechten Szenen nachgewiesen werden konnten. In manchen Fällen führte dies in der Folge zu Konflikten innerhalb der Fanszenen wie etwa jüngst in Dortmund oder Aachen. An solchen Beispielen werden die angesprochenen Aushandlungsprozesse bis hin zu Machtkämpfen deutlich und verbildlichen damit die Dynamik des Wandels von Hierarchien bzw. Normen und Konventionen. In welche Richtung sich diese Dynamiken entwickeln ist damit noch nicht zwangsläufig gesagt. Andrej Reisin machte auf publikative.org darauf aufmerksam, welche Risiken es bergen könnte, wenn man nicht genehme aber immerhin anti-diskriminatorische Gruppierungen auf Grund von anderweitigem Fehlverhalten (etwa dem Zünden von Pyrotechnik) verbannt und damit zugleich in



das fragile „politische Gleichgewicht“ in einer Fankurve eingreift.[12]

Fazit

Die Grundlage für die Entstehung einer eigenständigen Fußballfankultur ist das vorübergehende außer Kraft setzen der gültigen gesellschaftlichen Normen und Konventionen sowie die Ablehnung externer Eingriffe in den »Freiraum« Fankurve. Eine vollständige Erlangung der Kontrolle über diesen Freiraum führt nahezu zwangsläufig zum Ende einer selbstorganisierten Fankultur, die nur in Freiräumen entstehen kann. Das ist ein gangbarer Weg, der dazu beiträgt, dem Fußball die gewünschte saubere Weste zu verschaffen, die bei der weiteren erfolgreichen Instrumentalisierung des Fußballs für Werbezwecke sicherlich hilfreich ist. Die gesellschaftlichen Probleme wie Rassismus, Diskriminierung von Minderheiten oder auch Gewaltneigungen bei Jugendlichen, die sich in den Freiräumen der Fankurven widerspiegeln, werden so jedoch nicht gelöst.

Zweifellos birgt die relative Regellosigkeit in der Fankurve gewisse Risiken. Hier kann sich unter Umständen eine Fankultur bewahren, die zahlreiche Andockpunkte für menschenfeindliche Ideologien bieten: Die Konstellation von zwei miteinander konkurrierenden Lagern von Anhängern, die starke stereotyp-männliche Prägung der Fankultur, ihre spezifische Beschimpfungs-„Kultur“ und das verbreitete FreundFeind-Schema.

Der Fußball als beliebteste Sportart bietet durch seine gesellschaftliche Heterogenität aber auch positive Potenziale bei der Integration von sozial Schwächeren und sozial Isolierten. Die Solidarität innerhalb einer Fanszene kann auch zum Abbau von Diskriminierung beitragen, wenn etwa Menschen jenseits der weißen, autochthonen, männlich-heterosexuellen Norm auf Grund ihres Engagements in der Fanszene akzeptiert und integriert werden. Die relativ offene Gestalt der Ultra-Gruppen und ihre Verschiebung des Fokus weg von einer traditionell männlich, weißen, autochthonen und heterosexuellen Norm hin zu einem Gebot des Engagements bieten hierfür Ansätze.

In welcher Richtung sich aber eine lokale Fußball-Fankultur entwickelt und welche Aspekte sie stärker betont, hängt letztlich von der Zusammensetzung des Publikums in der Fankurve, von den Einflussund Machtstrukturen innerhalb der Fanszene aber auch von der Aufmerksamkeit und dem Handeln der externen Akteure – Fanprojekte, Vereine, Verbände – ab. Von zentraler Bedeutung ist es dabei, sich von dem Dogma des »unpolitischen Fußballs« zu verabschieden, das ohnehin nur eine Konstruktion ist und nicht der Wahrheit entspricht. Es muss mit offenem Auge und scharfem Verstand analysiert werden, wer wie den Fußball für seine Zwecke instrumentalisiert, um dann bei problematischen Entwicklungen eine Öffentlichkeit herzustellen, die diese Versuche eindämmen oder entlarven kann. Auch wenn das bedeutet, sich einzugestehen: „Der Fußball kann nicht frei von Politik sein“. Damit wäre dann auch die Hoffnung begründet, dass erkannt wird, dass der Fußball demokratischer werden sollte.

Jonas Gabler

10 Beteiligung an körperlichen Auseinandersetzungen, physische Stärke, Mutproben, Initiationsriten.
11 Vgl. den Beitrag von Jan Tölva in diesem Heft.
12 Vgl. Andrej Reisin, Ultras: Wer mit dem Feuer spielt, publikative.org vom 11. März 2012, http://www.publikative.org/2012/03/11/ultras-wer-mit-dem-feuer-spielt/[02. Mai 2012]

Rundbrief AG Rechtsextremismus/Antifaschismus beim Bundesvorstand der Partei DIE LINKE 2 /2012

„Patriotismus“-Panne?

EM-Aus ist deutschlandweit Anlass zu Rassismus

Das *Netz gegen Nazis* hat über nationalistische Ausschreitungen nach dem EM-Aus der deutschen Nationalmannschaft eine kurze Zusammenfassung erstellt, die wir hier dokumentieren:

In Sozialen Netzwerken wie Twitter oder Facebook lassen viele Menschen ihren Emotionen freien Lauf. So auch während und nach dem EM-Halbfinalspiel von Deutschland gegen Italien. Das Ergebnis hieß 2:1 für Italien, der Torschütze beider italienischen Tore war der schwarze Spieler Mario Balotelli. Dabei tun sich Untiefen auf, welcher rassistische Sprachgebrauch für viele ganz normal scheint. Wer für jeden Kommentar, der Balotelli entweder mit dem N*-Wort beleidigte oder ihn mit einem Affen verglich, einen Euro bekommen hätte, wäre heute eine reiche Person. Wie der vielverteidige Party-Patriotismus bei nicht wenigen Fans vom Fähnchenschwingen in niedersten Rassismus umschlägt, konnte man auch in Kommentarspalten der Medien beobachten, bis diese geschlossen oder moderiert wurden.

Zunächst traf nationalistischer Eifer den deutsch-italienischen Tagesthemen-Moderator Ingo Antonio Zamperoni, der zum Ende der Sendung Dichter Dante zitierte: „Möge der Bessere gewinnen“. Daraufhin, berichtet tagesschau.de-Blogger Dr. Kai Gniffke, brach ein empörter Sturm von E-Mails und Anrufen los. Treffend stellt Gniffke fest: „Die Volksseele kocht, und wir lernen, dass Einwandererkinder zwar für Deutschlands Nationalmannschaft kicken dürfen, aber wenn Zamperoni in den Tagesthemen Dante zitiert, ist die nationale Ehre im Eimer.“

In Wuppertal gab es Prügeleien, rassistische Parolen und sogar die Peinlichkeit, dass deutsche Fans unter rassistischen Rufen Spaghetti auf feiernde Fans der italienischen Mannschaft warfen. Die Innenstadt wurde zeitweise komplett gesperrt. Nur durch einen massiven Polizeieinsatz seien größere Zusammenstöße zwischen 800 frustrierten Anhängern der deutschen Mannschaft und etwa 600 italienischen Fans verhindert worden (DerWesten, rp-online).

In Wolfsburg wollten Fans der deutschen Mannschaft mit Gewalt einen Autokorso italienischer Fans verhindern. Faire Verlierer sehen anders aus. In Lübeck mussten italienische Fans aus Angst vor Gewalt von der Polizei eskortiert werden (BILD).

Manchmal die die Decke der Zivilisation nur dünn.

Offene Neonazis dagegen können ihren Rassismus ebenso klar ausleben, haben in ihren Kreisen aber argumentativ andere Probleme, mit dem Aus der deutschen Mannschaft umzugehen.

Bildquelle: http://antifaeifel.blogsport.de



Weg mit „Unsterblichen“ und „Oseberg“

Am 19. Juni 2012 wurde das Neonazi-Netzwerk „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ durch das Brandenburgische Innenministerium verboten. In diesem Zusammenhang folgte eine groß angelegte Razzia. Bei 25 Neonazis aus den mittlerweile verbotenen Strukturen kam es zu Hausdurchsuchungen. Zeitgleich räumten Neonazis in Cottbus die Räumlichkeiten des Thor-Steinar-Ladens „Oseberg“ leer.

Seit ungefähr zwei Jahren verfestigte sich in Südbrandenburg ein neues Spektrum von organisierten Neonazis. Der selbsternannte „außenparlamentarische Widerstand“, entstanden aus Strukturen der Freien Kräften und Kameradschaften, versuchte bundesweit eine Avantgarde-Stellung innerhalb der mehr werdenden parteiabgeneigten Neonazis zu erreichen. Mit neuaufgesetzter rassistischer und NS-verherrlichender Hetze versuchten sie, fokussiert auf innovative Aktions- und Propagandaformen, Akzente zu setzen. Besonders intensiv war die Rekrutierungsarbeit innerhalb der Kreise kampfsportfaszinierter Jugendlicher und gewaltbereiter Anhänger des FC Energie Cottbus.

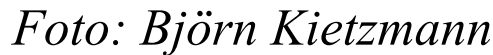
Ein Hauptinitiator der Vorreiter-Gruppe „Spreelichter“, Marcel Forstmeier aus Lübbenau, welcher letztens in einem Interview eines Fernsehsenders seine Anonymität aufgegeben hat, organisierte einzelne Aktionsgruppen. Unter der Obhut der „Spreelichter“ entstanden in Städten wie Senftenberg, Vetschau, Spremberg und Cottbus Gruppierungen mit regionalem Drehpunkt. Jahrelang initiierten diese Gruppen im gemeinsamen Kontext Kampagnen und führten unterschiedlichste Aktionen durch. Mit massenweise verklebten Aufklebern und Plakaten sowie vielen großflächig angesprühten Parolen wurde versucht, das Stadtbild an sich zu reißen. Zahlreiche Artikel und Publikationen wurden verbreitet, um extern aber auch in den eigenen Reihen ideologische „Schulungsarbeit“ zu leisten.

Großes mediales Aufsehen erreichten die Neonazi-Strukturen als für Nazi-Täter_Innen „Heldengedenken“ durchgeführt wurden, mit dem Versuch „Nationale Kampfsportturniere“ zu etablieren und mit Aufmärschen innerhalb der Kampagnen „Volkstod stoppen“ und „Werde unsterblich“.

Gruppierungen unter dem Label „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ bildeten so einen Schwerpunkt neonazistischer Problematik in Südbrandenburg. Schon lange nahmen die „Spreelichter“ mit ihren Aktionszellen auch überregional eine relevante Funktion ein. Sie übernahmen zum Teil die Mobilisierung zu Neonazi-Großaufmärschen in Dresden und Magdeburg. Nicht selten versuchten sie auch, Teil bürgerlicher Proteste zu werden, wie etwa anlässlich von Rücktrittforderungen deutscher Politiker oder des Handelsabkommens „ACTA“. Auch andere neonazistische Zusammenhänge wie z.B. in Sachsen und Niedersachsen übernehmen die Rhetorik und Aktionsfelder der „Spreelichter“ und versuchen diese zu kopieren.

Repressionswelle und Verbot – Ende der Unsterblichkeit?

Die Kampagne „Werde unsterblich“ mit der Absicht den vermeintlichen „Volkstod“ zu stoppen, welcher sich die „Spreelichter“ und ihr Netzwerk stark zugewandt haben, transportierten rassistische Inhalte mit eindeutiger Annäherung an die „Volksgemeinschaft“ des Hitler-Faschismus. Konspirative nächtliche Aufmärsche mit weißen Masken stoßen auf Resonanz innerhalb der neonazistischen Szene. Der neue Aktionsspielraum der Mystik und Inszenierung dezentraler Aufmärsche zogen die ersten Hausdurchsuchungen nach sich.


Foto: Björn Kietzmann



Im Januar 2012 wurden, ausgehend von Sächsischen Polizei-Behörden, 44 Wohnungen von Neonazis in vier Bundesländern durchsucht. Den Neonazis, darunter auch elf aus dem Großraum Cottbus, sollte die Teilnahme an einem Aufmarsch der „Unsterblichen“ im sächsischen Stolpen im Jahr 2011 nachgewiesen werden. Mit einem sarkastischen Clip „Maskenball“ und einer Anleitung gefüllt mit Halbwissen zum Umgang mit Hausdurchsuchungen versuchten die „Spreelichter“ die Repression aufzuarbeiten. Begleitet von Solidaritätsbekundungen aber auch einzelnen Distanzierungen anderer rechter Zusammenhänge setzte die „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ ihre politische Praxis fort.

Einige Monate später, am 19. Juni ergriff das Brandenburgische Innenministerium die Gelegenheit, die Gruppierungen juristisch zu verbieten und damit aufzulösen. In der 60-seitigen Verbotsverfügung konzentrierte sich die Argumentation des Ministeriums diesmal mehr auf die politische Ausrichtung und Inhalte des Netzwerks sowie die Gesamtheit ihrer Aktionen. So heißt es:

„Die Vereinigung weist eine Wesensverwandtschaft mit dem Nationalsozialismus auf und zeichnet sich durch ein aktiv-kämpferisches Vorgehen gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung aus.“

In Cottbus, Lübben, Lübbenau, Spremberg, Vetschau und Forst durchsuchten 260 Polizist_Innen Wohnungen, Garagen und Gewerberäumlichkeiten, um das Verbot durchzusetzen und Material zu beschlagnahmen. Mehr als 25 Neonazis der „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ und insgesamt 27 Objekte waren von der Razzia betroffen. Beschlagnahmt wurden Waffen, massenweise neonazistisches Propagandamaterial, Transparente und Utensilien der „Unsterblichen“-Aufmärsche sowie eine SS-Totenkopf- und Hakenkreuz-Fahne, außerdem 120 Computer, zahlreiche Datenträger und 24 Video- und Fotoausrüstungen. Auch eine „Vereinskasse“ mit Bargeld wurde beim Initiator Forstmeier eingezogen.

Um den Neonazis das Handwerk auch im Internet zu legen wird derzeit vom Ministerium versucht deren Internetpräsenzen abzuschalten. Dies ist jedoch nicht so einfach, da ihre Server teilweise in der Schweiz liegen. Alle Internetseiten des Netzwerkes „Widerstandsbewegung Süd-

brandenburg“, dazu gehören spreelichter.info – senftenberger.blogspot.de – vetschaufenster.info – logr.org/spremberg – cb-infos.net und ihrer Kampagne werdeunsterblich.info sind derzeit noch aktiv. Die Abschaltung dieser ist nach Angaben des Innenministeriums jedoch nur noch eine Frage der Zeit.

Die Seite der „Spreelichter“ ist derzeit demaskiert und nur mit einem Zitat und weiterführenden Links zu befreundeten Neonazi-Gruppierungen gefüllt, andere Seiten sind seit dem 19. Juni zwar nicht aktualisiert aber noch aktiv. Lediglich die Aktionsgruppe aus Senftenberg, die in keinem Bericht erwähnt wird, schreibt auch noch nach dem Verbot neue Artikel. Jedoch wird jeglicher Bezug auf das Verbot und Razzia vermieden, wodurch eine Distanz zu den „Spreelichtern“ vorgespielt werden soll. Die Aktivitäten der Gruppierungen auf der Internet-Plattform „Twitter“ laufen dagegen weiter; es werden Beiträge zur Solidarität mit den verbotenen Strukturen aufgerufen.

Für mehr als nur Verbote – eine linksradikale Perspektive

Die „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ ist also zum Großteil mitsamt ihren Einzelgruppen verboten. Ihre Anonymität innerhalb polizeilicher Ermittlungsbehörden haben sie verloren und werden aufgrund der beschlagnahmten Gegenstände weiterhin verfolgt. Ihre Internetseiten werden höchstwahrscheinlich demnächst abgeschaltet und die Ausrüstung zur Anwendung des Know-hows ist auch weg. Die „Vereinskasse“ wurde mitgenommen und sie werden auf andere finanzielle Mittel zurückgreifen müssen, um die bevorstehenden Repressionskosten zu bewältigen. Das Verbot wird die Neonazi-Strukturen stark beschäftigen und für einige Zeit handlungsunfähig machen. Unklar bleibt dabei, wie vorbereitet die Strukturen auf ein Verbotsverfahren sein konnten und wie sie genau damit umgehen. Denn wie sich aufgrund des medialen Drucks nur unschwer erahnen ließ, kamen diese nicht überraschend. Bemerkenswert ist dagegen, wie lange die Behörden dem Treiben der völkischen Freaks zugesehen haben. Im Vergleich zum Vorgehen staatlicher Repressionsorgane gegenüber linken Strukturen im Rahmen der „Extremismusdoktrin“ gilt es nachhaltig für Schutz vor Repression zu sorgen.

Zwar ist in der Verfügung ein Verbot von „Ersatzorganisationen“ manifestiert, doch das wird kaum ideologisch-festgefahrene Neonazis davon abhalten, Mittel und Wege zu finden weiterhin aktiv zu sein. Ideologien lassen sich nicht verbieten, sondern nur gemeinsam mit den Ursachen bekämpfen. Rassismus, Homophobie und Antisemitismus vorangetrieben durch Sozialchauvinismus während der wiederaufkehrenden kapitalistischen Krisen, muss eine Kritik und Praxis gegen Staat, Nation und Kapital entgegengestellt und der Nährboden für reaktionäre Ideologien entzogen werden.

Kein „Oseberg“ mehr in Cottbus

Am selben Dienstagmorgen des 19. Juni räumten die Besitzer des rechten Thor-Steinar-Ladens „Oseberg“ in der Cottbuser Bahnhofstraße die Räumlichkeiten endgültig leer. Seit zwei Jahren existierte der Laden direkt in der Cottbuser Innenstadt. Mit der „trendigen“ rechten Marke wurde versucht, nationalsozialistische Bezüge und völkische Inhalte zu verbreiten und Profit zu schlagen. Eingemietet hatte sich der Betreiber in ein Privathaus, dessen Eigentümer bei Vertragsabschluss ein Katalog der Marke vorgelegt wurde. So war es nicht möglich mit rechtlichen Schritten und Räumungsklagen vorzugehen, da vom Vermieter kein Interesse daran bestand.

Keine Frage: In Cottbus war der Absatzmarkt groß, überall finden sich Personen mit Kleidungsstücken der rechten Marke. Doch ein ganz „Überraschendes Aus“, wie die lokale Zeitung schreibt, war es nicht. Seit dem Eröffnungsdatum in 2010 kam es regelmäßig zu kreativen Aktionen gegen den rechten Laden. Die Besitzer des Ladens bemühten sich zwar, die Sachschäden zu beseitigen, hatten jedoch während des letzten halben Jahres scheinbar resigniert. Sichtlich abstoßend in der Außenwirkung und mit teils geschlossenen Rollläden, was auf demolierte Scheibenfront vermuten lässt, schien es, als hätten die Besitzer des Ladens aufgegeben. Dies erklärt auch die Gewerbeabmeldung zum 30. Juli.

Mit der unfreiwilligen Schließung des Ladens gibt es ein positives Beispiel, wie ein Stück rechter Erlebniswelt eingedämmt werden kann. Allerdings wird nirgendwo thematisiert, dass in Cottbus seit mehr als 5 Jahren ein weiterer Neonazi-Laden „The devils right hand store“ residiert und eine viel breitgefächerte Auswahl neonazistischer Artikel anbietet. Ein Zusammenhang zwischen dem Verbot der „Widerstandsbewegung Südbrandenburg“ und der Schließung von „Oseberg“ kann nicht hergestellt werden.

antifa-cottbus@riseup.net
www.antifa-cottbus.de
Antifa Cottbus 03.07.2012

Wer zahlt, bestimmt, das ist den Materialien anzusehen: Eine kritische Auseinandersetzung mit der offiziellen Sicherheitspolitik ist Fehlanzeige. Der Krieg in Afghanistan, der Umbau der Bundeswehr, die Rolle der NATO – alles wird als sinnvoller Beitrag für eine friedlichere Welt dargestellt. Diese Sicht der Dinge mag der Selbstwahrnehmung der Bundesregierung und ihrer Sympathisanten im Stiftungsrat von „Jugend und Bildung“ entsprechen – zu den wichtigsten bildungspolitischen Grundsätzen gehört aber, dass im Unterricht kontrovers dargestellt werden muss, was auch in der Gesellschaft kontrovers diskutiert wird. Die Entwicklung der Bundeswehr zu einer weltweiten Interventionsarmee ist ebenso umstritten wie der Krieg am Hindukusch – doch davon ist im sogenannten Unterrichtsmaterial kein Wort zu lesen.

Die Reklame für die Bundeswehr an Schulen muss sofort eingestellt werden – das gilt für den verdeckten Einsatz von Werbematerial genauso wie für den offenen Einsatz in Form von Jugendoffizieren und Wehrdienstberatern. Schulen sollen der Bildung dienen, nicht der Militarisierung.“

Die Antwort auf die Kleine Anfrage kann hier heruntergeladen werden:
http://www.ulla-jelpke.de/news_detail.php?newsid=2358

Ulla Jelpke, MdB ■

Ostsachsen: Prozess gegen Storr vertagt

Am 09. Juli 2012 sollte 9 Uhr vor dem Amtsgericht Görlitz ein Prozess gegen den NPD Landtagsabgeordneten Andreas Storr stattfinden.

Dem 44-Jährigen wird vorsätzliche Körperverletzung vorgeworfen. Laut MDR wird Storr vorgeworfen, „im Juli vergangenen Jahres im Zug von Görlitz nach Dresden eine aus Polen stammende Frau angegriffen zu haben, weil diese ihre Füße auf die Sitzbank gelegt hatte. Durch den Angriff des NPD-Mannes soll die Frau von ihrem Sitz gefallen sein und sich dabei eine Prellung am Ellenbogen zugezogen haben. Storr bestreitet die Attacke.“[1].

Nachdem der Sächsische Landtag wegen den Ermittlungen Anfang September 2011 die Immunität Storrs aufgehoben hatte, beantragte die zuständige Staatsanwaltschaft Görlitz wegen des Vorwurfs der vorsätzlichen Körperverletzung einen Strafbefehl in Höhe von 3150 Euro. Nach Angaben des Gerichtes legte Storr über seinen Anwalt Einspruch gegen diesen Strafantrag ein.

Da der Anwalt von Storr kurzfristig zwei weitere Zeugen benannte, musste der Prozesstermin vertagt werden, und zwar auf den 5.11.2012.

Quelle:(1)
http://www.mdr.de/sachsen/strafbefehl-fuer-npd-politiker100.html
Antifaschistisches Rechercheteam Ostsachsen Juli 2012

Immer mehr Menschen auf der Flucht: Jahresbericht des UNHCR

Weltweit sind 43 Millionen Menschen auf der Flucht, die Zahl der Binnenvertriebenen nimmt dabei stetig zu, 80 % leben in Entwicklungsländern.

Dies geht aus dem Jahresbericht des Hohen Kommissariats für Flüchtlinge der Vereinten Nationen (UNHCR) hervor, der am 6. Juni 2012 unter dem Titel „State of the World‘s Refugees 2012 – in Search of Solidarity“ veröffentlicht wurde.

Der Flüchtlingskommissar António Guterres warnte vor einer Zunahme von Flüchtlingen und Vertriebenen in den kommenden Jahren. „Vertreibung ist derzeit den Lösungen immer einen Schritt voraus“, meinte Guterres. „Und das bedeutet, dass immer mehr Menschen im Exil festsitzen, unfähig nach Hause zurückzukehren, sich vor Ort zu integrieren oder irgendwo anders ein Zuhause zu finden.“

Ein sehr großes Problem ist dabei die Vernetzung der Fluchtgründe. Vertreibung tritt nicht mehr nur durch Konflikte auf, sondern vermehrt in Wechselwirkung mit Faktoren wie Klimawandel, Bevölkerungswachstum oder knappe Ressourcen, wie Wassermangel.

Die großen Flüchtlingsströme aus Ostafrika in die Nachbarländer sind beispielsweise weniger eine Frage von politischer Instabilität oder Gewalt, sondern von Hunger und Wassermangel. Hinzukommt eine wachsende Gefahr für humanitäre Helfer.

Besonders die wachsende Gruppe der Binnenvertriebenen, derzeit weltweit etwa 28 Millionen Menschen, die in ihrem Heimatland auf der Flucht sind, stellt die Helfer vor große Herausforderungen und Gefahren. Um den Menschen vor Ort zu helfen, wie beispielsweise in Afghanistan, Irak oder Somalia, muss man in einem Umfeld arbeiten, dass durch schwelende Konflikte und Kriminalität potenziell tödlich sein kann und der Zugang extrem schwierig ist.

Weitere Informationen im Netz unter: www.unhcr.org/publications/ unhcr/sowr2012.
Quelle: Publikation „Forum Migration Juli 2012“ ■

Rheinland-Pfalz will mehr Rechtshilfe bei Abschiebung ermöglichen

Die rheinland-pfälzische Integrationsministerin Irene Alt (Grüne) will sich dafür einsetzen, dass Ausländer bei bestimmten Abschiebefällen leichter Rechtshilfe bekommen. Das Ministerium habe die Ausländerbehörden gebeten, die Bescheide für eine Rückkehr in das für Asyl zuständige EU-Land so früh wie möglich zuzustellen, damit die Hilfe von Verwaltungsgerichten möglich sei, teilte das Ministerium der Nachrichtenagentur dpa am Mittwoch in Mainz mit. Dazu sei ein Erlass in Vorbereitung. Die Landesregierung wolle den Abschiebehäftlingen so viel Rechtsschutz wie möglich zur Verfügung stellen.

Die EU-Verordnung Dublin II sieht vor, dass das Land für ein Asylverfahren zuständig ist, das ein Flüchtling zuerst betreten hat. Das Diakonische Werk in Hessen und Nassau sowie der Caritasverband Mainz hatten von einer «bedrückenden Situation» in der Abschiebehaft gesprochen. Sie versuchen, mit einem Rechtshilfefonds zu helfen. Im vergangenen Jahr seien 64 Menschen damit unterstützt worden. Nach Angaben des Integrationsministeriums wurden im vergangenen Jahr 209 Ausländer aus dem Gefängnis in Ingelheim abgeschoben. 71 Ausländer seien entlassen worden – zum Beispiel durch die Rücknahme des Haftbeschlusses der Ausländerbehörde oder durch ein Gericht.

Ministerin Alt fordert ein Ende der Abschiebehaft in Deutschland. Das Abschiebegefängnis in Ingelheim ist das einzige in Rheinland-Pfalz. Rot-Grün will es bis 2016 schließen.

Quelle: Jesuiten-Flüchtlingsdienst Deutschland (JRS) 27.06.2012 n

Islamismus-Broschüre einstampfen

Schünemann verspielt das Vertrauen zu den Muslimen

Scharfe Kritik an der Broschüre des niedersächsischen Innenministeriums, die als „Islamismus-Checkliste“ gilt, kommt von den Landtagsgrünen. „Erneut versucht der Minister, Muslime unter den Generalverdacht des Extremismus zu stellen“, sagte die migrationspolitische Sprecherin Filiz Polat am Donnerstag (heute) in Hannover. Bereits durch die verdachtsunabhängigen Moscheekontrollen seien die Muslime in Niedersachsen stark verunsichert worden. „Nun wird versucht, die Bürger zu einer Beobachtung zu verleiten. Das ist empörend!“, sagte die Grünen-Politikerin. Polat forderte den Innenminister auf, die Broschüre zurückzuziehen und „einzustampfen“.

„Die Muslime fühlen sich bespitzelt,“ sagte Polat. Das sei umso „verhängnisvoller“, da bereits vor einigen Monaten die Präventionspartnerschaften mit den muslimischen Dachverbänden gescheitert sind. Die Politik der Landesregierung verschärfe die Belastungen im Verhältnis zu den Muslimen in Niedersachsen.[1]

Auch die Fraktion DIE LINKE fordert „Islamismus-Broschüre des Innenministeriums gehört in den Papierkorb“.

Dazu erklärte die innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE im Landtag, Pia Zimmermann:

„Die Broschüre darf nicht verbreitet werden, sondern sie gehört in den Papierkorb. Innenminister Schünemann beweist mit der Broschüre wieder einmal, dass er nicht an einem Dialog mit Muslimen interessiert ist, sondern lediglich die Konstruktion von Feindbildern verfolgt. Die 26-Punkte-Checkliste Islamismus ist unterstes Niveau und dient lediglich dazu, Ängste zu schüren. Der Innenminister sollte stattdessen gemeinsam mit den muslimischen Verbänden und Gemeinden Konzepte erarbeiten, die konstruktive Strategien gegen radikalen Islamismus in den Mittelpunkt stellen und keine Vorurteile aufbauen oder bedienen.“[2]

Quelle: 1) Pressemitteilung Bündnis 90/Die Grünen Niedersächsischer Landtag 28.06.2012
2) Presseinformation DIE LINKE. Fraktion im Niedersächsischen Landtag ■

Flüchtlinge in Deutschland: ... weniger als im kenianischen Dadaab

Im Rahmen der Interkulturellen Woche Ende September 2012 findet am 28. September der Tag des Flüchtlings statt, zum 26. Mal.

Das Motto in diesem Jahr: „Flucht ist kein Verbrechen.“ Das Motto scheint irgendwie banal. Wieso sollte Flucht ein Verbrechen sein? Gegenfrage: Warum sollen Schutz suchende Menschen inhaftiert werden? Diese Frage stellt sich, nachdem die EU-Innenminister im April 2012 einen Entwurf der so genannten „Aufnahmerichtlinie“ beraten haben, der noch vom Europa-Parlament behandelt werden muss. Darin sind sechs Inhaftierungsregelungen aufgeführt, die – so Pro Asyl – „lückenlos greifen: Sie erlauben es, jeden asylsuchenden Menschen in der EU jederzeit und an jedem Ort zu inhaftieren“. Darunter sind solche Gründe wie Prüfung des Einreiserechts oder schwammige Begriffe wie nationale Sicherheit und Ordnung (weitere Informationen unter: www.flucht-ist-kein-verbrechen.de).

Flüchtlinge, das sind in einer verwaltungsrationalen Welt zunächst einmal Vorgänge. Der UNHCR meldete für das letzte Jahr „stark angestiegene Asylantragszahlen in Industriestaaten“. Neue Konflikte und anhaltende Krisen wie in Afghanistan werden als Ursachen genannt. Die Steigerungsrate liegt bei etwa 20 Prozent. Konkret ging es um rund 441 300 Anträge. UN-Flüchtlingskommissar António Guterres hat dazu zwei Botschaften: „Wir können diesbezüglich dankbar sein, dass das internationale Asylsystem diesem Druck standhielt. Jetzt ist es wichtig, diese Zahlen in Relation zu sehen: Denn die Gesamtzahl der Antragsteller in Industriestaaten ist gerin-

ger, als die Zahl derer, die im kenianischen Flüchtlingslager in Dadaab leben müssen."

Diejenigen, die in Deutschland an die Tür klopfen, sind nicht im Fokus der deutschen Politik, wenn es um Zuwanderung geht. Wir schlagen die Schlachten um die „besten Köpfe". Das sind übrigens Knowhow-Träger und erst in zweiter Linie Menschen. Aber wir sollten uns gelegentlich in Erinnerung rufen, dass es unter Flüchtlingen Menschen gab, die Willy Brandt oder Bertold Brecht hießen, oder – wenn sie nach Deutschland kamen – zum Beispiel Hertha Müller. Sie, wie alle Flüchtlinge, hoffen, irgendwann den Satz sagen zu können, den Brecht in den Flüchtlingsgesprächen schrieb: „Ich bin raus! Gerettet wie es scheint."

Quelle: Publikation „Forum Migration Juli 2012"" 28.06.2012 ■

Suizidversuch im Lager Bramsche

BewohnerInnen kündigen neue Proteste an

Am 24. Juni 2012 versuchte der 24jährige afghanische Flüchtling Vahid Firouz sich in der Landesaufnahmebehörde Bramsche-Hespe das Leben zu nehmen. Seitdem befindet er sich im Ameos-Klinikum.

Nachdem es bereits am Dienstag, den 26. Juni, zu spontanen Protesten im Flüchtlingslager gekommen war, kündigen die BewohnerInnen des Lagers für kommenden Dienstag, den 3. Juli 2012, ab 11 Uhr eine weitere Kundgebung bei der Landesaufnahmebehörde an, wo auch Freunde von Herrn Firouz über die unerträglichen Lebensumstände in der Einrichtung sprechen wollen. VertreterInnen der medialen Öffentlichkeit sind herzlich zur Kundgebung und zu einem anschließenden Pressegespräch eingeladen.

Hintergrund:

Vor 14 Monaten musste Vahid Firouz seine Heimatstadt Herat, wie er sagt aufgrund der Bedrohung durch Vertreter des örtlichen Mullahregimes, verlassen und sich auf die Flucht begeben. Sein Vater starb in Afghanistan in Haft an einem Herzinfarkt, zu seiner Mutter hat er keinen Kontakt mehr. Seit 10 Monaten lebt er in der Landesaufnahmebehörde Bramsche-Hesepe. Nachdem sein Asylgesuch vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF) bereits zwei mal abgelehnt wurde – was Herrn Firouz zufolge auch auf schlechte Dolmetscher zurückzuführen ist, die als Iraner dem Afghanischen nicht mächtig sind – verletzte er sich aus Verzweiflung am 24. Juni selbst an den Pulsadern. Bei einem Gespräch im Krankenhaus beklagt er, ebenso wie die in seinem Namen protestierenden Flüchtlinge, die Unterbringungsbedingungen in der LAB Bramsche-Hesepe, die von schlechtem Essen, Isolierung und mangelhafter medizinischer Versorgung bestimmt sind. „Einmal musste ich zwei Monate auf einen Arztbesuch warten" berichtet Vahid Firouz.

Proteste im Lager gibt es praktisch seit dessen Inbetriebnahme im Jahr 2000. Erst letzten Herbst kam es mehrmals zu spontanen Demonstrationen im Lager, mit denen die Flüchtlinge auf ihre menschenunwürdige Behandlung aufmerksam machen wollen. Angesichts des traurigen Falles von Herrn Vahid Firouz ist nicht damit zu rechnen, dass die Proteste abreißen und die Unruhe im Lager sich legen wird.

Rund 50 Flüchtlinge und Sympathisanten protestierten am Dienstag, 03.07. gegen die menschenunwürdige Unterbringung.

Quelle: Pressemitteilung nolagerosnabrueck@yahoo.de, http://lagerhesepe.blogsport.eu 29.06.2012 ■

Integrationskurse keine „Erfolgsgeschichte"

„Geht es um die Integrationskurse, hat die Bundesregierung offenkundig nur Zynismus und Hohn übrig. Die Bundesregierung lässt keine Gelegenheit aus, die Integrationskurse als ‚Erfolgsgeschichte' darzustellen und verschweigt aber dabei, dass viele Lehrkräfte in den Integrationskursen mit einem Hungerlohn auf HARTZ IV-Niveau abgespeist werden. Sie verschweigt auch die Sparmaßnahmen besonders zu Lasten von Frauen und Eltern. Das ist zynisch," kritisiert die migrationspolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, Sevim Dagdelen, anlässlich der Antwort der Bundesregierung auf ihre Kleine Anfrage zu den Integrationskursen (Bundestagsdrucksache 17/9876). Dagdelen weiter:

„Die systematische Schönrednerei der Bundesregierung in Sachen Integrationskurse ist unerträglich. Unter der Überschrift ‚Integrationskurse immer erfolgreicher' wird die Nachricht verbreitet, dass die Zahl der ausgestellten Teilnahmeberechtigungen im Jahr 2011 um 4 Prozent gestiegen sei. Verschwiegen wird, dass es infolge von Sparmaßnahmen im Jahr 2010 einen Einbruch bei der Zahl der neuen Kursteilnehmenden gab und die Werte des Jahres 2011 um 16,5 Prozent unterhalb der Zahl von 2009 liegen. Also kein Grund zum Jubel.

Besonders bitter ist, dass die vermeintliche ‚Erfolgsgeschichte' auf dem Rücken der Lehrkräfte ausgetragen wird: Deren Bezahlung ist so miserabel, dass viele Lehrkräfte trotz hoher Qualifikation und Zusatzausbildung für ihre wichtige und engagierte Arbeit einen Hungerlohn erhalten, der nicht einmal das Existenzminimum abdeckt. Die durchschnittliche Bezahlung ist zuletzt sogar noch gesunken. Verbindliche Vorgaben einer Mindesthonorierung will die Regierung jedoch nicht machen. Die Bezahlung liege „in der ausschließlichen Zuständigkeit der Träger", heißt es scheinheilig. Dabei hat sich der vom Bundeshaushalt bestimmte Finanzspielraum der Träger trotz formell erhöhter Erstattungssätze wegen kleinerer Gruppengrößen zuletzt sogar noch verringert. Wie die Träger trotz des Rückgangs der tatsächlich zur Verfügung stehenden Mittel um über 10 Prozent die Honorare erhöhen können sollen, bleibt das Geheimnis der Bundesregierung.

Notwendig ist ein grundlegend anders gestaltetes Integrationskurssystem, das ohne Zwangsmaßnahmen und Drohungen auskommt, mit sicheren, anständig bezahlten und sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen für die Lehrkräfte. DIE LINKE fordert im Einklang mit den Lehrkräften und der GEW als Sofortmaßnahme die Anhebung der Stundensätze auf mindestens 30 Euro, so dass die Betroffenen zumindest eine vergleichbare Entlohnung erhalten wie angehende Lehrkräfte im Schuldienst."

Quelle: Pressemitteilung Sevim Dagdelen (MdB DIE LINKE). 03. Juli 2012 ■

Hannover: Demonstration von Flüchtlingen und Asylsuchenden

Am Sa., 23.06. in Hannover demonstrierten rund 300 Menschen für gleiche Rechte für Flüchtlinge. Die Niedersächsische Flüchtlingsinitiative hatte unter dem Motto „Break Isolation! Refugee's Rights, Right Here, Right Now!" aufgerufen. Asylsuchende aus ganz Niedersachsen und auch aus anderen Bundesländern forderten eine Abschaffung der Sondergesetze, die Flüchtlinge entrechten und gesellschaftlich ausgrenzen.

Kämpfe gegen den strukturellen Rassismus und die schlechten Lebensbedingungen führen Asylsuchende an vielen Orten nicht nur in Niedersachsen sondern in ganz Deutschland. So wurde in einem Redebeitrag auch auf den aktuellen Hungerstreik iranischer Flüchtlinge in Würzburg hingewiesen, die eine schnelle Aberkennung als Flüchtlinge fordern und ihren Protest verschärfen wollen

In dem Aufruf zur Demonstration wird dazu aufgefordert:

„ ... mit uns zu demonstrieren und uns zu unterstützen, unsere Isolation zu durchbrechen und für die Verbesserung der Rechte von Flüchtlingen und Asylsuchenden zu kämpfen. Wir, die Flüchtlinge und Asylsuchenden, sind gezwungen, unter schlechten und isolierten Bedingungen zu leben:

Das ganze Jahr warten wir ohne zu wissen, wann das Asylverfahren beendet sein wird und wir anfangen können, ohne Angst vor der Abschiebung in unsere Herkunftsländer zu leben. In jene Länder, aus denen wir vor Krieg, politischer In-

stabilität, Bedrohung unseres Lebens und anderen Angriffen auf unsere grundlegenden Menschenrechte geflüchtet sind.

Jeden Tag erleben wir Diskriminierungen in dem Verfahren, welches uns Asylrechte garantieren soll. Die diskriminierenden Behandlungen gehen auch weiter, wenn das Verfahren beendet ist. Das ist der Grund, warum wir jetzt fordern „Refugee's rights right here, right now!" („Flüchtlingsrechte hier und jetzt!")

Die ganze Zeit leben wir in Angst: Vor der drohenden Abschiebung, unserer eigenen oder der von Angehörigen oder Freunden. Unser Leben ist voller Beschränkungen: Ohne Recht auf Bewegungsfreiheit, ohne Recht auf Bildung, ohne das Recht zu arbeiten oder unseren Lebensunterhalt selbst zu verdienen, ohne das Recht, den Ort frei zu wählen, an dem wir leben möchten. Wir erhalten Gutscheine statt Bargeld. Damit können wir nicht überall einkaufen und nicht alles, was wir brauchen. Oftmals reichen die Gutscheine nicht bis zum Monatsende. Ihr einziger Sinn besteht darin, uns zu diskriminieren. Wir sind Opfer dieses Systems. Die Asylgesetze machen uns krank und depressiv, die Asylgesetze zerstören unser Menschsein.

Deshalb bitten wir euch, mit uns gemeinsam zu fordern: „Refugee's rights right here, right now!"

Bleiberecht für alle Flüchtlinge und Asylsuchenden statt Abschiebungen! Schließung aller Flüchtlingslager und isolierenden Unterkünfte! Bargeld anstelle des Gutscheinsystems! Schulbildung, Recht auf Arbeit und Ausbildungen für alle! Abschaffung aller diskriminierenden Gesetze und Einhaltung der Menschenrechte auch für Flüchtlinge!

Niedersächsische Flüchtlinge und AsylbewerberInnen
Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen 03.07.2012 ■

Göttingen: Aufruf zur Demo und Autokorso gegen Rassismus

„Am 29.05.2012 wurde ein Fahrer vom Personenbeförderungsunternehmen PUK Minicar in Göttingen rassistisch beleidigt und körperlich angegriffen. Er wurde schwer verletzt und ist seitdem arbeitsunfähig. Es ist unklar, ob er je wieder seine Arbeit ausüben kann. Der Vorfall wurde veröffentlicht und hat breite Empörung hervorgerufen.

Allerdings darf dieses Ereignis nicht isoliert betrachtet werden.

Einerseits kommt es auch in Göttingen immer wieder zu rassistisch motivierten Angriffen auf Menschen. Diese gehen häufig von Personen aus, die in der Mitte der Gesellschaft stehen. Nur ein Bruchteil der Angriffe wird öffentlich gemacht, teils aus Angst die Täter könnten erneut zuschlagen. Andererseits kann aber auch nicht immer mit der Unterstützung staatlicher Organe gerechnet werden, die für viele Betroffene der erste Anlaufpunkt sind. Die Polizei ist häufig bemüht, die rassistische Motivation von Übergriffen auszublenden oder aktiv zu vertuschen – so zum Beispiel im Falle der Brandanschläge auf den Afro-Shops (26.09.2008) und den kurdischen Gemüsehandel in Northeim (21.05.2011). Auch der Übergriff auf den PUK Minicar Fahrer wurde vom Unternehmen und dem Rechtsanwalt an die Öffentlichkeit gebracht und tauchte nicht in den Pressemitteilungen der Polizei auf.

Dies zeigt bereits den eigentlichen Kern der Problematik auf. Rassistische Übergriffe entstehen nicht aus dem Nichts. Der alltägliche, teils offene, teils unterschwellige Rassismus ist der Nährboden für körperliche Übergriffe und schlimmstenfalls organisierte Neonazistrukturen. Vorurteile gegenüber Menschen mit Migrationshintergrund oder People of Colour sind leider allgegenwärtig und ermöglichen überhaupt erst ein Klima, in dem rassistische Sprüche zum Alltag gehören. Von dort bis zum körperlichen Angriff ist es nicht weit.

Daher muss es darum gehen, Alltagsrassismus zu identifizieren, zu thematisieren und zu bekämpfen. Ob in Behörden, in denen bestimmte Mitarbeiter_Innen ihren „Ermessensspielraum" nutzen um Migrant_Innen zu drangsalieren, ob im Sportverein oder auf der Straße, wo rassistische Sprüche zum Alltag gehören, ob am Arbeitsplatz, der Migrant_Innen oder People of Colour teilweise verwehrt wird, ob bei der Polizei, die versucht das Thema Rassismus auszublenden, teils sogar Opfern rät auf Anzeigen zu verzichten, ob an der Uni, in der Burschenschaften noch immer öffentlich damit werben keine „Ausländer" bei sich einziehen zu lassen oder eben im Taxi, wo besonders Fahrer_Innen mit Migrationshintergrund oder People of Colour mit Vorurteilen, Beleidigungen und Verkehrskontrollen zu kämpfen haben – Rassismus findet sich überall und in unterschiedlichsten Formen.

Daher rufen wir dazu auf, **am 7. Juli 2012** auf dem Bahnhofsvorplatz bei einer gemeinsamen Demonstration in Göttingen ein Zeichen zu setzen. Gegen Rassismus! Gegen einen Alltag der zum Nährboden für körperliche Angriffe wird!

Kein Mensch ist illegal! ....

Antifaschistische Linke International A.L.I., Amnesty International, Göttingen, Antira Aktionsplenum, AK Asyl Göttingen,
Aktionsbündnis „Naziaufmärsche stoppen", AStA Uni Göttingen, Bündnis90/Die Grünen Göttingen Kreisvorstand,
DIE LINKE. Kreisverband Göttingen, DKP – Göttingen, DGB-Jugend Südniedersachsen-Harz, Freundschaftsgesellschaft
BRD-Kuba – Regionalgruppe Göttingen, Groner BürgerInneninitiative Antifaschismus, GRÜNE JUGEND Göttingen, Jusos
Göttingen, Landesarbeitsgemeinschaft Antifaschismus DIE LINKE.Niedersachsen, NaturFreunde Ortsgruppe Göttingen,
Paritätischer Wohlfahrtsverband Göttingen, PUK MINICAR, Rote Hilfe OG Göttingen, SDAJ Göttingen, SPD Göttingen, ver.di-Jugend Göttingen, VVN-BdA Göttingen, WählerInnengemeinschaft Göttinger Linke, YXK Göttingen, Zukunfts-Werkstatt e.V."

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen ■

Änderung des Aufenthaltsgesetzes

Schünemanns Linie: Härte zeigen

In der 897. Sitzung des Bundesrates am 15.06.2012 zum Gesetz zur Änderung des Aufenthaltgesetzes hielt der niedersächsische Innenministers Uwe Schünemann folgende Rede:

„Sehr geehrter Herr Präsident,

meine Damen und Herren,

wenn jemand seine Heimat verlässt, um in einem anderen Staat Schutz zu finden, so muss er nach seiner Ankunft mit offenen Karten spielen.

Und wer während seines Aufenthalts mehrfach dazu aufgefordert wird, seine Identität aufzudecken, dies aber dennoch verweigert, der kann nicht auch noch mit einem dauernden Bleiberecht belohnt werden. Dieser Grundsatz ist richtig und wichtig. Aber in der Praxis des Ausländerrechts bleibt er leider allzu oft graue Theorie.

Denn immer wieder ist eine an und für sich zwingende Abschiebung wegen Identitätsverschleierung und mangels Papieren faktisch nicht möglich. Vor allem deshalb haben wir hier in Deutschland nach wie vor eine hohe Zahl von so genannten geduldeten Personen. Und selbst wenn dann eines Tages nach aufreibenden Ermittlungen in einzelnen Fällen eine Abschiebung möglich werden sollte, so müssen wir immer wieder die Erfahrung machen, dass der Vollzug des Rechts gesellschaftlich nicht mehr vermittelbar ist. An dieser Stelle setzt die niedersächsische Gesetzesinitiative an, um die Kluft zwischen der Stringenz des Rechts und der Kraft des Faktischen zu überwinden. Deshalb sollen geduldete Ausländer unter bestimmten Voraussetzungen zukünftig die Möglichkeit haben, ein dauerndes Aufenthaltsrecht zu bekommen.

Voraussetzung ist vor allem:

Die Betroffenen müssen sich trotz bestehender Ausreiseverpflichtung bereits in besonderem Maße wirtschaftlich und sozial integriert haben. Wer allerdings auch nach Aufdeckung falscher Identitäten seinen Mitwirkungspflichten nicht nachgekommen ist und zudem in erheblichem Umfang öffentliche Sozialleistungen bezogen hat, der darf auch künftig nicht begünstigt werden.Und auch wer Kontakte zu extremistischen Organisationen hatte oder hat, ist von der Erteilung der Duldung und Aufenthaltserlaubnis selbstverständlich ausgeschlossen.

Unter diesen Prämissen begründet die niedersächsische Initiative ein Bleiberecht unter der Maßgabe „Fordern und Fördern". Sie ist – im Unterschied zur jetzigen Rechtslage – stichtagsunabhängig.

Deshalb gilt sie auch für zukünftige Fälle und hat im Unterschied zur bisherigen gesetzlichen Altfallregelung erhöhte Erteilungsvoraussetzungen. Vorgesehen ist ein zweistufiges Verfahren.

Der Erteilung der Aufenthaltserlaubnis soll zunächst eine zweijährige Duldung vorgeschaltet werden. Diese setzt wiederum voraus, dass im Falle bisheriger Identitätsverschleierung endlich die wahre Identität nachgewiesen wird. Außerdem müssen bestimmte Integrationsleistungen – Stichwort: Sprachkenntnisse – bereits erbracht worden sein.

Die Erteilung der anschließenden – dauerhaften – Aufenthaltserlaubnis ist dann davon abhängig, dass der Antragsteller seinen Lebensunterhalt mindestens im zweiten Duldungsjahr vollständig selbst gesichert hat. Zudem wird während der zweijährigen Duldung die Möglichkeit geboten und verlangt, die bereits vorhandenen Deutschkenntnisse weiter auszubauen.

Diese Neuregelung ist in zweifacher Hinsicht bedeutsam:

Erstens, können wir damit das Problem der so genannten Kettenduldungen zumindest eindämmen. Und, zweitens, bietet sie für integrationswillige geduldete Ausländer einen Anreiz dafür, Fehlverhalten zu korrigieren und sich künftig rechtskonform zu verhalten.

Ich bitte Sie deshalb, die vorliegende Gesetzesinitiative Niedersachsens zu unterstützen." (Reden Innenminister Uwe Schünemann im Bundesrat am 15.06.2012 1)

Dazu schreibt der Flüchtlingsrat Niedersachsen: „Anliegend übersende ich die Rede des nds. Innenministers zur Begründung der niedersächsischen Bundesratsinitiative für eine stichtagsunabhängige Bleiberechtsregelung. Sie verdeutlicht noch einmal, dass es dem Land nicht um eine humanitäre Lösung von Altfällen geht, sondern um die Ermöglichung eines Bleiberechts für besonders qualifizierte Flüchtlinge."[2]

1) Quelle: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport 15.06.2012
2) Flüchtlingsrat Niedersachsen

Alle an Bord!



Vor einem Jahr hat die Initiative boats4people dazu aufgerufen, eine Flotte der Solidarität mit den MigrantInnen im Mittelmeer zu organisieren – und nun geht es los. Sie sind in See stechen, um die Migrationskontrolleure zu kontrollieren. Mittlerweile unterstützen 17 Organisationen in 7 verschiedenen Ländern die Aktion. In der aktuellen PM heißt es:

„Nach mehr als zwei Tagen Schifffahrt hat die Oloferne – unsere erste Mission auf See – die Küsten Siziliens am 4.7.2012 um 23:00 Uhr erreicht. Es wurde von Boats4people-AktivistInnen vor Ort begrüßt. Mit dieser Ankunft beginnt die zweite Etappe unserer Aktion, mit der wir die europäische Migrationspolitik öffentlich kritisieren wollen, die für den Tod von Boat-people im Mittelmeer verantwortlich ist.

An Bord sind zwei Dokumentarfilmende, zwei Journalisten, ein Vertreter von Angehörigen verschwundener Boat-people und drei internationale AktivistInnen, die sich für Reise- und Bewegungsfreiheit einsetzen. Die Ankunft in Sizilien ist für uns von großer Bedeutung, denn hier sind nach wie vor Hunderte Flüchtlinge und MigrantInnen interniert, und hier wurden die Seeleute von Cap Anamur sowie die tunesischen Fischer Zenzeri und Bayoudh verurteilt, weil sie Boat-people gerettet haben.

Diese inhumanen und absurden Fakten versinnbildlichen den Widerspruch zwischen der Pflicht zur Rettung auf Meer, wie sie das internationale Recht fasst, und die Kriminalisierung der Hilfe für Boatpeople.

Die Oloferne wird am 7. Juli nach Tunesien aufbrechen, und gleichzeitig werden zahlreiche AktivistInnen die Fähre nach Tunis nehmen, um so die Forderungen von Boats4People weiterzutragen."

www.boats4people.org

Frankreich verweigert aufs Neue zwei Aktivisten aus dem Süden die Teilnahme an einem internationalen Treffen

Aufs Neue wird mit Politik der Grenzschließung verhindert, dass sich Menschenrechtsaktivisten versammeln können. Einem Vertreter der Vereinigung der Abgeschobenen in Mali (Association des Maliens Expulsés – AME) und einem Vertreter der Vereinigung der Rückgeschobenen Zentralafrikas in Mali (Association des Refoulés d'Afrique Centrale au Mali – ARACEM) wurden von den französischen Behörden die Visa verweigert, so dass sie nicht an dem internationalen antirassistischen Treffen teilnehmen können, das ARCI, Boats4people und das Netzwerk Migreurop zwischen dem 30. Juni und dem 2. Juli 2012 in Cecina (Italien) veranstalten. Aus demselben Grund werden sie auch nicht an dem Flotten-Vorhaben Boats4people teilnehmen, das vom 2. bis zum 19. Juli stattfindet.

Diese Visa-Ablehnungen machen deutlich, wie willkürlich die europäischen Konsulate und deren Bürokratien handeln. Die BürgerInnen der Staaten des Südens sind täglich damit konfrontiert.

Bei dem Vertreter des ARACEM waren die Konsularbehörden der Ansicht, dass „das Ziel und die Voraussetzungen des Aufenthalts nicht begründet worden sind", dass er nicht den Nachweis geliefert hätte, dass er nicht „über die nötigen finanziellen Existenzmittel für die beabsichtigte Aufenthaltsdauer verfügt" hätte. Zudem habe er „nicht erkennen lassen, dass er den Boden der Mitgliedsstaaten vor dem Verfall der Visagültigkeit verlassen würde". Alle drei Argumente sind falsch: Unser Kollege hatte sein Reiseziel angegeben, seine Aufenthaltskosten waren von dem Netzwerk Migreurop übernommen worden und er hatte eine Reservierung für ein Hin- und Rückreise-Ticket.

Dem Vertreter der AME wurde vorgeworfen, dass nur noch „drei Seiten (seines Passes) verwendbar" seien. Er wurde deswegen aufgefordert, sich einen neuen Pass ausstellen zu lassen. Das französische Konsulat weiß aber, dass Mali seit Mai seinen Staatsbürgern keine malischen Pässe mehr ausstellt – sondern ECOWAS -Pässe, mit denen man keine Visa erhalten kann – auf „Anraten des Konsulats", laut dem Unternehmen BIM, das Frankreich das Visa-Management in Mali übergeben hat. Einerseits verfügt unser Kollege von AME über einen regulären malischen Pass, aber Frankreich weigert sich, ihm damit ein Visum auszustellen, und andererseits bearbeitet die Agentur BIM nicht seinen Visumsantrag, weil er einen ECOWAS-Pass vorweisen muss.

Unsere Organisationen sind empört über diese – namentlich französischen – willkürlichen Praktiken, mit denen gegenüber den Bürgern des Südens Misstrauen gesät wird. Missfallen erregen diese Folgen der europäischen Politik, die die Reisefreiheit einschränken, und die – wieder einmal – die Versammlungsmöglichkeit zwischen Bürgern aus dem Norden und dem Süden verhindern.

Wir haben juristische Schritte eingelei-



tet, damit diese beiden Personen Recht und Entschädigung erhalten. Wir erinnern daran, dass diese europäischen Praktiken des Fernhaltens zu den Alltagserfahrungen von tausenden Personen gehören. Man sollte sich nicht darüber wundern, dass manche aus der Not heraus die legalen Wege meiden.

02.07.2012, Boats4people, http://boats4people.org/ ■

Quartiere von Sans-Papiers werden im Vorfeld der Olympiade geräumt

CALAIS. Mit dem Näherrücken der Olympiade ist in Calais verstärkte Polizeirepression gegen Communities von Sans-Papiers und ihre Unterstützer_innen zu beobachten. Da Calais während den Spielen als „Olympic Village" dient, wird nun begonnen die Straßen „migrantenfrei" zu bekommen (So die erklärte Zielsetzung des früheren Innenministers Eric Besson). In den letzten Monaten kam es zu zahlreichen Räumungen von Unterkünften, bei denen viele der Gebäude gesperrt und abgerissen wurden. Ohne diese Schlafplätze werden die Sans-Papiers aus der Stadt herausgetrieben

Nachdem im März diesen Jahres das größte Squat (übersetzt: Unterschlupf, red.), genannt Africa House, abgerissen wurde, zogen sich eine Vielzahl von Menschen mit und ohne Aufenthaltspapieren in kleinere leerstehende Häuser zurück, um nicht auf Calais' ungemütlichen Straßen schlafen zu müssen.

Aber auch in diesen Räumen führte die Polizei kontinuierlich Razzien durch. Seitdem wurden mindestens zehn weitere Häuser geräumt und gesperrt, in denen Communities unterschiedlicher Herkunft untergekommen waren.

Zudem wurden in den letzten Monaten mehrere besetzte Häuser geräumt, welche schon jahrelang als Unterkunft gedient hatten und bislang der Repression widerstehen konnten.

Hinzu kommt die anhaltende Zerstörung von so genannten „Jungles", selbst errichteten Camps in Parks und unter Brücken. Auch der Platz der Essensausgabe, welcher trotz Stacheldrahtumzäunung und blankem Betonboden des Öfteren als Schlafplatz diente, wenn alle anderen Orte von der Polizei geschlossen wurden, wurde wieder und wieder von den Ordnungshüter_innen heimgesucht.

Razzien und Räumungen von Unterkünften stellen in Calais keineswegs eine Neuigkeit dar. Neu ist allerdings das Ausmaß der Repression. Es ist inzwischen nahezu unmöglich, Schlafplätze zu finden.

Die Verbindung der intensivierten Bemühungen, die Sans-Papiers aus der Stadt zu treiben, zur kommenden Olympiade scheint offensichtlich.

Die Räumungen der Squats waren größtenteils illegal. In Frankreich müssen Bewohnende von besetzten Häusern im Vorhinein informiert werden, Bekanntmachungen bezüglich der Räumung im Rathaus und am betreffenden Gebäude veröffentlicht werden und eine Anfechtung des Urteils möglich sein. Zudem ist die Polizei verpflichtet, im Zuge der Räumung das Gerichtsurteil vorzuzeigen. Dies passiert in Calais jedoch äußerst selten.

Bei einigen der größeren Squats bemühten sie sich, Gerichtsbeschlüsse vorweisen zu können. Aber der überwiegende Teil der Besetzungen wurde auf illegale Weise geräumt. Die Polizei räumt, wann und wie es ihr passt.

Das Unternehmen für Sozialwohnungen Office Public de l'Habitat de Calais (OPH) zeigt sich bei diesen Räumungen äußerst kooperativ. Als Eigentümer mehrerer leerstehender Gebäude, autorisiert es Räumungen und Abrisse und zeigt sich von Sans-Papiers, die zu Dutzenden auf die Straße gesetzt werden, unbeeindruckt.

Im Zuge der Olympiade setzt die Region auf eine künstliche „Welcome the World"-Kampagne, welche Athlet_innen und Zuschauer_innen als Tourist_innen anziehen soll. Zynischerweise ist jedoch auch diese Kampagne ein Antriebfaktor der Vertreibung von Sans-Papiers aus der Stadt.

Mehr als 100 Millionen Euro wurden in die Region, in der die diesjährigen Olympischen Spiele stattfinden, gepumpt, um Sporthallen zu bauen und den Tourismus zu fördern.

In Nord-Pas-de-Calais gibt es 34 Olympische und Paralympische Trainingsgelände, auf denen auswärtige Teams trainieren. Im vergangenen Jahr haben 47 Delegationen von ausländischen Teams die Anlagen besichtigt, unter Anderem auch Delegationen aus Pakistan und Senegal.

Am Donnerstag, den 21. Juni 2012, besuchte Manuel Valls, der französische Innenminister, sowohl Calais als auch London, um die franko-britische Zusammenarbeit in Bezug auf die Sicherheit während der Olympischen und Paralympischen Spiele zu besprechen.

In Calais fanden Treffen statt, bei denen die Überwachung und Sicherheit des Hafens thematisiert wurde. In London traf er sich mit seinen Amtskolleg_innen Theresa May, britische Innenministerin, Damien Green, britischer Immigrationsminister, und James Brokenshire, britischer Minister für Sicherheit und Terrorbekämpfung, um „terroristische" Bedrohungsszenarien und Immigration während der Olympiade zu besprechen.

Während dieses Treffens kündigte Theresa May einen G6-Gipfel im November 2012 an, bei dem die Innenminister der sechs einflussreichsten europäischen Staaten zusammen kommen sollen.

Aus Gründen der Sicherheit werden während der Londoner Olympiade polizeiliche und private Sicherheitstruppen die Straßen besetzen. Es werden Flugdrohnen zur Sicherung des Luftraumes eingesetzt, Kriegsschiffe in der Themse stationiert, Luft-Boden-Raketen einsatzbereit sein und Scharfschützen auf Hausdächern bereit stehen.

Die „Sicherheit" des Staates, oder anders ausgedrückt, der Versuch die Bevölkerung wegen „Immigration" und „Terrorismus" zu kontrollieren, geht vermehrt Hand in Hand mit der multinationalen Waffenindustrie, welche sich immer mehr in den Bereich der Immigrationskontrolle und Überwachungssysteme ausbreitet.

Das „große Reinemachen" in London und Calais im Namen der Sicherheit für die Olympiaindustrie und ihre Zuschauer_innen, stellt in Wirklichkeit eine Gelegenheit dar, den Einsatz von drakonischen Überwachungssystemen und einem Arsenal an Sicherheitsmaßnahmen zum Schutze der Privilegierten und ihres Profites, weiter zu verstärken.

Weitere Infos unter: http://calaismigrantsolidarity.wordpress.com und calaismigrantsolidarity.blogsport.de

■

Stoppt die Abschiebung von Ilhami Han in dieTürkei!

Der Kurde Ilham Han kam 2005 als politischer Flüchtling nach München und erwirkte wegen der drohenden politischen Verfolgung in der Türkei ein Abschiebeverbot. Dieses wurde nun durch ein Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichts aufgehoben und er soll in die Türkei abgeschoben werden. Dabei bezieht sich das Gericht auf Informationen des Auswärtigen Amtes, das davon ausgeht, dass

das Ermittlungsverfahren gegen Ilham Han wegen Mitgliedschaft in der PKK (Arbeiterpartei Kurdistans) in der Türkei eingestellt worden sei und ihm dort keine Gefahr mehr drohe. „Wer sich auch nur im Ansatz mit der politischen Situation in der Türkei und dem Umgang mit politischen Oppositionellen – vor allem Kurden, die sich gegen ihre Unterdrückung wehren – beschäftigt, kann nicht allen Ernsten glauben, dass Ilham Han nach seiner Abschiebung keine Repressionen, politische Verfolgung und eine Haftstrafe zu erwarten hat", so Stadtrat Orhan Akman.

Die Kurden sind in der Türkei nach wie vor nicht als eigene Ethnie anerkannt und werden vom türkischen Staat unterdrückt. Dies hat auch Auswirkungen auf ihre politischen Selbst- und Mitbestimmungsrechte. Jeder der in der Türkei die Regierung in der sogenannten Kurdenfrage kritisiert läuft Gefahr, wegen angeblicher Unterstützung des Terrorismus inhaftiert und angeklagt zu werden: Allein seit 2009 sind dies mehr als 6500 kurdische PolitikerInnen, Parlamentsabgeordnete, BürgermeisterInnen, JournalistInnen, GewerkschafterInnen, MenschenrechtsaktivistInnen und viele weitere. Gewalt und Misshandlungen gegen politische Häftlinge sind in den Gefängnissen der Türkei weiter an der Tagesordnung. Erst 2011 wurde die Folter an 200 kurdischen Kindern und Jugendlichen im Gefängnis Pozanti, die wegen Teilnahme an Demonstrationen langjährige Haftstrafen erhielten, öffentlich bekannt.

Menschenrechtsverletzungen sind in der Türkei an der Tagesordnung. Aus einem demokratischen Staat, der sich den Menschenrechten und der Würde des Menschen verpflichtet hat, darf es unserer Überzeugung nach keine Abschiebungen in die Türkei geben. Wir kritisieren die Entscheidung des Bayerischen Verwaltungsgerichts mit Nachdruck und halten das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtes für nicht hinnehmbar und absolut inakzeptabel. Die bevorstehende politische Verfolgung, drohende Folter und lebenslange Haftstrafe als „nicht beachtlich wahrscheinlich" abzutun, ist mehr als perfide und widerspricht allen humanitären Grundsätzen und vor allem dem Recht aller Menschen auf physische und psychische Unversehrtheit.

Leider ist dieses Gerichtsurteil aber auch symptomatisch für das Verhalten der deutschen Politik und Justiz gegenüber politischen kurdischen Aktivisten. An Menschen wie Ilhami Han wird ein Exempel statuiert. Indem der Staat sie mit Sondergesetzen gängelt oder sogar ausweist, will er andere politisch aktive MigrantInnen einschüchtern und deren politische Aktivitäten unterbinden.

Wir fordern daher:

– den sofortigen Abschiebestopp für Ilham Han in die Türkei!

– ein dauerhaftes Bleiberecht ohne Repressionen oder sonstige Schikanen für Ilham Han in Deutschland!

– die Einstellung von Abschiebungen von politisch aktiven Kurden und der Widerrufsverfahren gegen anerkannte kurdische Flüchtlinge!

Orhan Akman, Stadtrat der LINKEN, Dagmar Henn, Stadträtin der LINKEN, Brigitte Wolf, Stadträtin der LINKEN ■

Verfassungswidriges Sparen bei Asylsuchenden

„Bei Asylsuchenden wird seit fast 20 Jahren in verfassungswidriger Weise gespart. Das Bundesverfassungsgericht wird in zwei Wochen feststellen, dass die Ausgaben für Asylsuchende noch viel zu niedrig sind. Die Menschenwürde ist kein frei verfügbarer Posten für Haushaltseinsparungen", erklärt Ulla Jelpke, innenpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zu den heute vom Statistischen Bundesamt verkündeten Zahlen zu Asylbewerberleistungen des Jahres 2010. Jelpke weiter:

„Es gibt eine grundrechtskonforme Alternative zu Mehrausgaben: Die Politik der Abschreckung gegenüber Schutzsuchenden muss beendet werden, denn sie ist nicht nur menschenunwürdig, sondern auch teuer. Arbeitsverbote, Sachleistungen und Lagerunterbringung, all dies macht Asylsuchende krank, abhängig und gegen ihren Willen zu Almosenempfängern. Schutzsuchende sollen ihren Lebensunterhalt selbst verdienen können.

Die Mehrkosten dieser Abschreckungspolitik sind längst erwiesen: Die Bundesregierung musste auf Anfrage der Fraktion DIE LINKE einräumen, dass in den Ländern mit hoher Sachleistungsquote, wie zum Beispiel Bayern, die Kosten für Grundleistungen ‚relativ hoch' sind (vgl. BT-Drucksache 17/3660, Frage 38). Im Lager- und Sachleistungsland Bayern etwa lagen die Ausgaben für Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz pro Person um knapp 40 Prozent über dem Durchschnitt.

Es muss Schluss damit sein, dass man sich die Politik der Erniedrigung und Entmündigung von Menschen auch noch was kosten lässt – in dem menschenrechtswidrigen Kalkül, andere Menschen von der Flucht nach Deutschland abhalten zu wollen."

Ulla Jelpke, MdB ■

Petition gegen Gutscheine in Niedersachsen

Es gibt eine Petition an den Niedersächsischen Landtag zur Abschaffung der Gutscheine für Flüchtlinge und für die Auszahlung von Geldleistungen (Text siehe Anhang). Diese Petition ist von der Kooperative Flüchtlingssolidarität verfasst worden und wird auch von dieser Gruppe im Herbst an den Landtag geschickt. Die Petition soll durch zahlreiche Unterschriften unterstützt werden. Dazu ist eine Homepage als Unterseite der Website des Flüchtlingsrates eingerichtet worden. Unter www.solitausch.org ist die Petition zu lesen und zu unterzeichnen.

Auf dieser Seite sind auch noch weitere Informationen zu Umtauschinitiativen in Niedersachsen zu finden. Wir bitten Euch und Sie die Petition zu unterzeichnen und weiter zu verbreiten. Es gibt auch die Möglichkeit den Petitionstext und eine Unterschriftenliste von der Website herunter zu laden und dann auf konventionellem Wege zu unterschreiben bzw. Unterschriften zu sammeln. Die unterschriebenen Listen sollen dann bitte an den Flüchtlingsrat Niedersachsen geschickt werden:

Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V.
Langer Garten 23B
31137 Hildesheim

Die Unterschriftenlisten sollen dann zusammen mit der offiziellen Einreichung der Petition an den Landtag übergeben werden.

Bitte unterstützt die Petition und verbreitet sie weiter!

Quelle: Flüchtlingsrat Niedersachsen e.V. ■

VG Bremen: Verdachtsunabhängige Befragungen binationaler Ehepaare rechtswidrig

Rolf Gössner fordert sofortiges Ende der Ausforschungspraxis

Wie die LINKE-Fraktion in der Bremischen Bürgerschaft mitteilt, hat das Verwaltungsgericht (VG) Bremen Ende Mai in einer Eilentscheidung die verdachtsunabhängige Befragung von binationalen Ehepaaren mithilfe eines Fragebogens (116 teils intime Fragen zum Privatleben) für unzulässig erklärt.

Hintergrund war die Praxis der Ausländerbehörde, durch eine getrennte Befragung der Ehepartner auf Widersprüche zu stoßen, um auf eine angebliche ‚Scheinehe' schließen zu können. Diese Methode hat das VG als rechtswidrig eingestuft, weil sie nicht gesetzlich geregelt sei und eine wirksame Einwilligung der Betroffenen nicht vorgelegen habe.

„Es ist ein Skandal, dass in der Freien Hansestadt Bremen ein solch inquisitorisch anmutender und geheim gehaltener Fragenkatalog bereits seit längerem zur verdachtslosen Ausforschung in Gebrauch ist. Solche Praktiken sind grundrechtswidrig und ein Angriff auf den Kernbereich privater Lebensgestaltung", kommentiert Rolf Gössner, parteiloser Vertreter der Fraktion DIE LINKE in der Innendeputation, den Vorgang. So enthalte der Fragebogen – als ‚Verschlusssache

– Nur für den Dienstgebrauch‘ – detaillierte Fragen zum „Kennenlernen und täglichen Miteinander, zu Rollenverteilung und persönlichen Vorlieben, zu Wohnung, Arbeit, Familie und Freunden, Religionsausübung und weiteren persönlichen Themen, die bis hinein in das Schlafzimmer der Eheleute reichen“. Das Gericht habe auch die Auffassung vertreten, dass hier keineswegs von einer Freiwilligkeit der Befragung die Rede sein könne, weil die betroffenen Eheleute unter massivem Druck gestanden hätten und davon hätten ausgehen müssen, keine andere Wahl zu haben, um eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten. Punktuelle Kontrollen oder Überprüfungen seien nur bei einem konkreten Anfangsverdacht einer ‚Scheinehe‘ zulässig.

PM Fraktion DIE LINKE in der Brem.Bürgerschaft v. 4.6.2012/Azadî ■

Griechenland: Krankenhausärzte wollen undolumentierte Migranten weiter behandeln

Vor den Wahlen am 6. Mai 2012 kündigte der griechische Gesundheitsminister, Andreas Loverdos, an, undokumentierte Migranten sollten keine Behandlung mehr in öffentlichen Krankenhäusern erhalten. Nur besonders schwere Notfälle sollten künftig medizinisch versorgt werden. Ärzte aus unterschiedlichen Kliniken taten sich als Reaktion darauf zusammen und veröffentlichten über ihre Gewerkschaft (OENGE) eine klare Stellungnahme, in der sie unmissverständlich erklärten, sich gegen Loverdos Aufforderung zu stellen. Undokumentierte Migranten und Flüchtlinge würden weiterhin ärztlich behandelt werden. In der Stellungnahme heißt es: „Wir kündigen an, dass wir die kürzlich geäußerten Instruktionen vor den Wahlen durch Herrn Loverdos ignorieren und unsere medizinischen Berufe weiter ausführen.“ Dimitris Varnavas, Vorsitzender der OENGE, sagte mit Bezugnahme auf die rassistische Hetze der rechtsradikalen Partei Golden Dawn: „Wenn Herr Loverdos seine politischen Obsessionen befriedigen oder den Unterstützern von Golden Dawn Zugeständnisse machen möchte, hat er jede Möglichkeit, dies zu tun – nicht jedoch, indem er sich die professionelle Verantwortung und Würde der Klinikärzte zu Nutze macht.“

Quelle: http://www.proasyl.de

Online Petition gegen Inbetriebnahme der Internierungseinrichtung

Die Eröffnung des neuen Flughafens BER „Willy Brandt“ wurde auf März 2013 verschoben – die Internierungseinrichtung für Flüchtlinge am BER zur Durchführung des so genannten Flughafen-Asylverfahrens ist jedoch bezugsfertig und soll nach Willen der Landesregierung Brandenburg noch im Juli in Betrieb gehen. Nach Auskunft der Pressestelle des Brandenburger Innenministeriums sollen in der neu richteten Unterkunft die Abläufe für das Flughafenverfahren erprobt und Asylsuchende, die am alten Flughafen Schönefeld ankommen, interniert werden.

Gegen diese Pläne protestieren wir und der Flüchtlingsrat Berlin scharf. Wir haben eine Online-Petition gestartet, in der wir die Landesregierung auffordern, die Inbetriebnahme der Einrichtung zu verweigern.

Im Juli planen verschieden antirassistische Organisationen weitere Protestaktionen gegen die Inbetriebnahme der Internierungseinrichtung und das Flughafenverfahren. Außerdem rufen die Flüchtlingsräte dazu auf, am Tag X nach Inbetriebnahme den „Asylknast“ vor Ort in Augenschein zu nehmen und lautstark dessen Schließung zu fordern.

Am 21.7.2012 endet die Zeichnungsfrist dann werden die gesammelten Unterschriften an Ministerpräsident Platzeck übergeben.

Quelle: http://www.fluechtlingsrat-brandenburg.de 24.06.2012 ■

Würzburg: Pressemitteilung der hungerstreikenden iranischen Flüchtlinge

Wir haben heute Nachricht vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge erhalten, dass die Fälle von vier Flüchtlingen, die sich mit zugenähten Lippen im Hungerstreik befinden, bearbeitet worden sind.

Die vier Personen haben das gewürdigt und ihre zugenähten Lippen wieder geöffnet. Wir senden damit ein Zeichen an alle, die uns für unsere Aktion kritisiert haben und fordern alle unsere Kritiker auf, nun endlich mit uns in den Dialog über eine Verbesserung des Asylrechts zugunsten der Flüchtlinge einzutreten.

Aber noch immer warten drei von uns auf eine Entscheidung. Soheil Hatamikia, Arash Dosthossein und Armin Jahazinadeh haben noch immer keine Nachricht, wann sie einen Gerichtstermin und damit

Eine Entscheidung über ihr Leben haben können. Auch Mohammed Hassanzadeh Kalali wartet auf einen Gerichtstermin. Auch er hat seine Lippen wieder geöffnet und wird seinen Hungerstreik, der nunmehr 32 Tage anhält, fortsetzen. Er tut dies, um auch weiterhin ein Zeichen dafür zu setzen, dass sein Fall zügig vor Gericht entschieden wird. Zudem besteht die Gefahr, dass er seine Freunde in Würzburg verlassen muss, denn das Urteil des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofes vom vergangenen Mittwoch verbietet es, dass sich Flüchtlinge, die nicht in Würzburg residenzpflichtig sind, am Protestzelt aufhalten. Wir können die Residenzpflicht auf keinen Fall akzeptieren, weil sie gegen das Grundrecht jedes Menschen auf Bewegungsfreiheit verstößt. Herr Hassanzadeh Kalali wird in Würzburg bleiben und sich weiterhin für die Abschaffung der Residenzpflicht in ganz Deutschland einsetzen. Unser Weggefährte Mohammed Hassanzadeh Kalali wartet nun schon so lange auf eine Antwort der Behörden. Wir haben gemeinsam hier nun 110 Tage und Nächte protestiert und stehen solidarisch zusammen. Mit der Öffnung unserer Lippen ist Herr Hasanzadeh Kalali den Behörden einen Schritt entgegengekommen. Wir erwarten nun auch, dass man sich einen Schritt auf uns

Zubewegt und rasch handelt.

Wir fordern das Auswärtige Amt auf, so schnell wie möglich eine Stellungnahme an das Verwaltungsgericht Regensburg abzugeben, damit danach – wie versprochen – ein Gerichtstermin stattfinden kann. Wir sind in großer Sorge um Herr Mohammed Hassanzadeh Kalalis Gesundheit, der inzwischen 13 kg an Gewicht verloren hat. Wir hoffen sehr, dass die Mühlen der deutschen Bürokratie in diesem Fall schnell mahlen.

Unsere Aktion, die am Vierröhrenbrunnen ihren Anfang nahm, hat viel erreicht. Die Menschen reden über die unmenschliche Asylpolitik in Deutschland und den Vollzug durch die bayerischen Behörden. Dies zeigen 1200 Unterschriften unter unsere Onlinepetition für den deutschen Bundestag und mittlerweile mehr als 1300 Unterschriften für unsere Petition an den bayerischen Landtag. Die in Würzburg lebenden Menschen konnten uns während unseres gesamten Protestes näher kennenlernen. Die den Flüchtlingen aufgezwungene Isolation durch die bayrische Landesregierung haben wir durchbrochen. Aus den Gemeinschaftsunterkünften sind wir auf die Straße gekommen und haben für uns und für alle anderen Flüchtlinge gesprochen.

Mittlerweile haben sich noch mehr Flüchtlinge unserem Protest angeschlossen.

Wir bekunden hiermit unsere Solidarität mit den Flüchtlingen in Aub und Bamberg. Wir grüßen die Flüchtlinge in Leipzig und bedanken uns für die Demonstration am vergangenen Dienstag. Wir senden unsere solidarischen Grüße nach Leipzig. Wir rufen auf zur Teilname an der Demonstration am Freitag um 16 Uhr in Regensburg und bedanken uns hiermit für die Organisierung der Demonstration bei der Antifa F. Wir bedanken uns gleichzeitig für die von ROJA in Nürnberg organisierte Aktion am 14. Juli 2012.

Quelle: http://gustreik.blogsport.eu/ 34. Pressemiteilung 06.07.2012

Wegweiser „Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus" erschienen

Zentrale Aspekte einer Pädagogik in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus in einem aktuellen Sammelband zusammengefasst



Das erste Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts kann als Jahrzehnt der „Normalisierung" von Rechtsextremismus und einer ihn kritisierenden gesellschaftlichen Praxis bezeichnet werden. Dazu gehört die Einsicht, dass das Thema Rechtsextremismus dauerhaft auf der pädagogischen und politischen Agenda bleibt. Die Zeit scheint daher reif für ein Zwischenfazit, zumal durch das Bekanntwerden der NSU-Morde eine neue und vermutlich wiederum vorübergehende Welle der öffentlichen Aufmerksamkeit auf das Thema Rechtsextremismus gerichtet ist, die für Weichenstellungen in der Gesellschaft, aber auch in der Jugendarbeit genutzt werden kann.

Der Wegweiser „Jugendarbeit gegen Rechtsextremismus" stellt die Standards der Jugend(sozial) arbeit, zentrale Aspekte einer Pädagogik in Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus und aktuelle Diskussionen um Demokratie- und Menschenrechtspädagogik vor. Praxisreflexionen und ein Planspiel leuchten das Spektrum dieser Jugendarbeit aus. Das Buch bündelt aktuelle Forschungsperspektiven und bietet eine reflektierte und praxisorientierte Handreichung für Akteure der Jugendarbeit und der politischen Bildung. Der Praxisteil der Buchveröffentlichung enthält beispielsweise das von IDA e. V. entwickelte Planspiel „Braucht Cityville eine Bürgerwehr?" mit Anleitungen und reflektierten Praxiserfahrungen.

Der Sammelband ist im Wochenschau Verlag erschienen und wurde von Stephan Bundschuh, Professor für Kinder- und Jugendhilfe an der Fachhochschule Koblenz, Ansgar Drücker, Geschäftsführer des IDA e. V., und Thilo Scholle, Vorsitzender des IDA e. V. herausgegeben. Er ist für 19,80 Euro im Buchhandel erhältlich.

Zusätzlich wird eine inhaltsgleiche Lizenzausgabe der Bundeszentrale für politische Bildung erscheinen, die dort voraussichtlich ab Mitte August gegen die übliche Bereitstellungspauschale erhältlich sein wird www.bpb.de).

Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V. (IDA) Düsseldorf, 03. Juli 2012 info@IDAeV.de, www.IDA-eV.de

Die große Sommerausstellung der Worpsweder Museen vom 26.5. bis 30.9.2012

Ein Mann mit vielen faszinierenden Facetten: Heinrich Vogeler (1872-1942). Der Mitbegründer der Künstlerkolonie Worpswede war Maler und Grafiker, Designer und Architekt, Schriftsteller und Sozialrevolutionär. Die große Sommerausstellung 2012 der vier Worpsweder Museen beleuchtet so umfassend wie nie zuvor das Leben und vielschichtige Gesamtwerk Heinrich Vogelers. Über 200 Exponate lassen den Künstler und den Menschen Heinrich Vogeler lebendig werden.

Der Bogen spannt sich dabei von den Worpsweder Anfängen als romantischer Jugendstilkünstler bis hin zu den Moskauer Jahren und der Erfahrung von Revolution und Krieg. In der Gegenüberstellung von Vogelers künstlerischem Werk mit seinen Träumen, Idealen und politischen Visionen wird ein außergewöhnlicher Mensch und Künstler sichtbar.

Die Gegenüberstellung des Künstlers und Menschen Vogeler steht im Mittelpunkt der großen Sommerausstellung der Worpsweder Museen. So verschieden die stilistischen Mittel im Werk Vogelers sind, so sehr spiegeln sie seine Träume und seine Suche in allen Phasen seines wechselvollen Lebens wider: Nicht nur die Werke aus der Zeit des Jugendstils um 1900, sondern auch die Arbeiten des Spätwerks sind geprägt von dem Wunsch, Kunst in alle Bereiche des Alltags zu tragen und mit ihr seine Vorstellung eines idealen Lebens auszudrücken.

Die vier beteiligten Ausstellungshäuser stellen dabei verschiedene Lebensphasen und Aspekte in den



Mittelpunkt ihrer jeweiligen Teilausstellung. Ausgehend von jeweils einem zentralen Werk spannen die Ausstellungen einen Bogen zwischen Vogelers Lebenssituation, seinen Ideen und Idealen und seinem künstlerischem Schaffen.

Haus im Schluh:
Märchen und Minne – Aufbruch als Künstler
Barkenhoff:
Gesamtkunstwerk Barkenhoff – Idylle und Wandel
Große Kunstschau:
Neue Wege – Vogeler in der Sowjetunion
Worpsweder Kunsthalle:
Krieg und Revolution – Der politische Vogeler

Ein vielseitiges Rahmen- und Führungsprogramm ergänzt die Ausstellung.

http://www.worpswede-museen.de/vogeler-ausstellung/heinrich-vogeler-die-ausstellung.html

Der Herausgabekreis und die Redaktion sind zu erreichen über:
GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln Tel. 0221 / 21 16 58, Fax 0221 / 21 53 73.
email: antifanachrichten@netcologne.de, Internet: http://www.antifaschistische-nachrichten.de
Erscheint bei GNN, Verlagsges. m.b.H., Venloer Str. 440, 50825 Köln. V.i.S.d.P.: Jörg Detjen
Redaktion: Für Schleswig-Holstein, Hamburg, NRW, Hessen, Rheinland Pfalz, Saarland: U. Bach, H. Deilke GNN-Verlag Köln. Baden-Württemberg und Bayern über GNN-Süd, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01. Für „Aus der faschistischen Presse": J. Detjen c/o GNN Köln.
Erscheinungsweise: 14-täglich. Bezugspreis: Einzelheft 1,50 Euro.
Bestellungen sind zu richten an: GNN-Verlag, Venloer Str. 440, 50825 Köln. Sonderbestellungen sind möglich, Wiederverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Die antifaschistischen Nachrichten beruhen vor allen Dingen auf Mitteilungen von Initiativen. Soweit einzelne Artikel ausdrücklich in ihrer Herkunft gekennzeichnet sind, geben sie nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder, die nicht alle bei ihr eingehenden Meldungen überprüfen kann.

Herausgabekreis der Antifaschistischen Nachrichten: Anarchistische Gruppe/Rätekommunisten (AGR); Annelie Buntenbach (Bündnis 90/Die Grünen); Rolf Burgard (VVN-BdA); Jörg Detjen (Verein für politische Bildung, linke Kritik und Kommunikation); Martin Dietzsch; Regina Girod (VVN – Bund der Antifaschisten); Dr. Christel Hartinger (Friedenszentrum e.V., Leipzig); Hartmut-Meyer-Archiv bei der VVN – Bund der Antifaschisten NRW; Ulla Jelpke (MdB DIE LINKE); Marion Bentin, Edith Bergmann, Hannes Nuijen (Mitglieder des Vorstandes der Arbeitsgemeinschaft gegen Reaktion, Faschismus und Krieg – Förderverein Antifaschistische Nachrichten); Kreisvereinigung Aachen VVN-BdA; Angelo Lucifero; Kai Metzner (minuskel screen partner); Bernhard Strasdeit; Volkmar Wölk.

„Die Sphinx von Bellevue"

Junge Freiheit 26/12
vom 22. Juni

Unter diesem Titel resümiert Thorsten Hinz die ersten hundert Tage von Bundespräsident Joachim Gauck. Gelobt wird dieser für seine Äußerungen beim Israel-Besuch, wo er „die törichte Bemerkung der Kanzlerin, das Existenzrecht Israels sei Teil der deutschen Staatsräson," zurechtgestutzt habe. Gelobt wird er dafür, dass er „die Behauptung seines törichten Vorgängers, der Islam gehöre zu Deutschland", korrigiert habe, indem er darauf verwies, die hier lebenden Menschen, nicht aber ihre Religion gehörten dazu. Anlass für den Autor zur Formulierung von Wunschvorstellungen, was dieser Präsident noch alles „sagen müsste", z.B: „Wir haben es mit einem Verteilungskonflikt zu tun, der sich entlang von ethnischen religiösen Trennlinien formiert. Den aktiven Part haben rasch wachsende, aber unterdurchschnittlich produktive Bevölkerungsgruppen inne, die eine Teilhabe am allgemeinen Wohlstand durch Umverteilung verlangen. In der Rolle der Attackierten befindet sich die angestammt alternde Mehrheitsbevölkerung, die natürlicherweise wenig Interesse daran hat, ihr hart erarbeitetes Lebensniveau abzusenken." Sarrazin lässt grüßen.

„Gebt uns die DM zurück!"

Junge Freiheit 26/12
vom 22. Juni

Bernd Thomas Ramb konzentriert die Titelstory auf diese Forderung. Schon vor der Einführung des Euro hatte das Blatt auf der Seite seiner Gegner gestanden. Durch die Abschaffung der DM sei die deutsche Bundesbank nicht nur entmachtet worden, sie habe auch jeglichen Einfluss auf die geldpolitischen Entscheidungen der Europäischen Zentralbank verloren, behauptet der Autor. Eine Hyperinflation sei unvermeidlich. „Damit ist das Versprechen gebrochen, der Euro sei mindestens genauso stabil wie die D-Mark. Also gebt uns nicht nur unsere D-Mark zurück, sondern auch unsere Deutsche Bundesbank als Garant einer stabilen Währung," schreibt er. Eine rein nationalistische Argumentation, die die Finanzpolitik der Banken völlig außen vorlässt und auch nicht in Frage stellt.

„Historisches Tief"

Junge Freiheit 28/12
vom 6. Juli 2012

Herausgeber Dieter Stein kommentiert unter dem Titel „Alle blicken nach Karlsruhe" den ESM-Beschluss vom vergangenen Freitag. „Am vergangenen Wochenende ging über der Hauptstadt ein ‚Jahrhundertgewitter' mit 8000 Blitzen nieder. Am Fenster stehend, glaubte man in ein Inferno zu blicken. Indes ist es beängstigend, wie geräuschlos die Abwicklung Deutschlands über die Bühne zu gehen scheint", schreibt er. „Oder erleben wir nur die Ruhe vor dem Sturm?" „Unser Kontinent" sei im Griff einer „verantwortungslosen Nomenklatura, die es verinnerlicht hat, von Beständen zu zehren, ohne neue zu schaffen." Es entspräche einer inneren Logik, dass die Geburtenzahlen in Deutschland erneut auf ein „erschütterndes historisches Tief gefallen" seien, eine Nachricht, die für ihn „die sich verflüchtigende Vitalität unseres Volkes dokumentiert." Auch die Linksfraktion hat die ESM-Beschlüsse abgelehnt, was Stein auch erwähnt, aber dieser Kommentar zeigt deutlich, dass die Ablehnung der Rechten vor allem auf völkisch-nationalistischen Motiven beruht.

Rouhs wirbt um Abgeordnete von CDU und FDP

Quelle: Website „Pro Deutschland"

Der Vorsitzende von „Pro Deutschland" Manfred Rouhs hat am 30.6. die CDU-Bundestagsabgeordneten Klaus-Peter Willsch und Manfred Kolbe sowie die FDP-Abgeordneten Frank Schäffler, Dr. Lutz Knopek und Sylvia Canel, die die ESM-Vorlage abgelehnt haben, angeschrieben und sie aufgefordert, ihren Parteien den Rücken zu kehren und eine Gruppe der Bürgerbewegung pro Deutschland im Deutschen Bundestag zu bilden. In dem an jeden der fünf Parlamentarier gerichteten Brief schreibt Rouhs:

„Hiermit beglückwünsche ich Sie ganz herzlich zur Ablehnung des ESM-Vertrags in der historischen Sitzung des Deutschen Bundestages am 29. Juni 2012. Jetzt sind die Weichen gestellt und die Alternativen für jedermann erkennbar: CDU/CSU, SPD, Grüne und FDP haben sich für die Aufgabe des 1990 gerade neu geschaffenen demokratischen Nationalstaats der Deutschen entschieden. … Wofür ist Robert Blum gefallen, wozu waren die zahllosen Opfer des ganzen Volkes im 20. Jahrhundert gut, die für die nationale Einheit und Freiheit erbracht wurden, wenn jetzt den Deutschen – Schritt für Schritt – das Recht genommen werden soll, Herr ihres Schicksals zu sein…Ganz herzlich lade ich Sie dazu ein, den Altparteien den Rücken zu kehren und Mitglied der Bürgerbewegung pro Deutschland zu werden! Sie haben am 29. Juni 2012 Rückgrat bewiesen. Sie verdienen es nicht, unterzugehen als Bestandteil einer politischen Klasse, die längst nicht nur den Bezug zur politischen und wirtschaftlichen Realität im Lande, sondern gerade auch zum Volk verloren hat…. Steigen Sie mit uns ein in eine neue Politik für Deutschland!" Wie die theatralischen Anwerbeversuche aufgenommen wurden, darüber ist nichts bekannt.

NPD unterstützt Verfassungsklage von ‚Mehr Demokratie'

Quelle: Website der NPD

Die NPD hat ihre Mitglieder und Sympathisanten dazu aufgerufen, der Verfassungsbeschwerde des Vereins „Mehr Demokratie e.V." gegen die Ratifizierung des ESM-Vertrages und des Fiskalpaktes beizutreten. Die Bürgerklage von „Mehr Demokratie" wird u.a. von der früheren Justizministerin a.D. Herta Däubler-Gmelin vertreten und hat das Ziel, Volksabstimmungen bei weiteren Souveränitätsabgaben an die Europäische Union bindend zu machen.

Die NPD habe in den letzten Wochen erwogen, eine eigene Verfassungsklage gegen das ESM-Ermächtigungsgesetz zu erarbeiten, heißt es, diese Idee aber wieder verworfen, da in der Vergangenheit Verfassungsklagen von NPD-Abgeordneten vom Bundesverfassungsgericht nicht angenommen wurden. Der NPD-Parteivorsitzende Holger Apfel sowie weitere Mitglieder des NPD-Parteivorstandes hätten ihre Vollmachtsurkunden zur Beteiligung an der Verfassungsklage von „Mehr Demokratie" schon ausgefüllt und abgeschickt.